

Geschichtsrevisionismus

Wie die Rechten
die Geschichte umdeuten

Unterrichtsimpulse



Sekundarstufe II – Politik, Deutsch, Ethik, Religion

FA

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDS *Schulen*

bildungsstätte
anne frank

Inhaltsverzeichnis

Begriffsdefinition

Geschichtsrevisionismus	3
-------------------------------	---

Didaktische Überlegungen

Erinnerung zwischen Weltmeisterschaft und Kehrtwende	4
„Wir sind nicht neutral“	8

Arbeitstexte und Aufgaben

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Auschwitz morgen – die Zukunft der Erinnerung	11
„Historische Bildung muss demokratische Praxis sein“	16
Wir dürfen nicht aufhören zu gedenken	20
„Die Art und Schärfe der Auseinandersetzung besorgen mich zutiefst“	22
Alles Opfer, keine Täter?	24
Rechtes Regiebuch	26

Geschichtsrevisionismus in Zeiten

der Corona-Pandemie

„Die Bewegung wird immer aggressiver“	28
Geschichtsrevisionistische Anne-Frank-Vergleiche	29

Umgang mit Geschichtsrevisionismus im Internet

Frau Goldschmidts Sieg gegen Holocaust-Leugner auf Facebook	32
Eloquente Feindlichkeit. Historische Hassrede auf Twitter & Co: Empfehlungen zum Umgang mit Online- Geschichtsrevisionismus	35

Die Bildungsstätte Anne Frank

Quellenangaben

Einführung

Sie fühle sich wie Sophie Scholl, sagte im November 2020 eine 22-jährige Kasselerin auf einer Demonstration der „Querdenker“ in Hannover – weil sie Widerstand gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie leiste. Nur eine Woche zuvor hatte sich in Karlsruhe eine 11-Jährige mit Anne Frank verglichen: Während sie heimlich ihren Kindergeburtstag feierte, habe sie so mucksmäuschenstill sein müssen wie das jüdische Mädchen, das sich mit seiner Familie in einem Amsterdamer Hinterhaus vor den Nationalsozialisten verstecken musste.

Beispiele geschichtsrevisionistischer Äußerungen wie dieser gab es in den Pandemienmonaten unzählige. Sie verdeutlichen besonders drastisch, wie sehr es in Teilen der Gesellschaft an historischem Wissen und der Fähigkeit mangelt, Vergangenheit und Gegenwart in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu setzen.

Wenn Impfgegner*innen sich „Judensterne“ ans Revers heften oder junge Menschen sich auf eine Stufe mit den Verfolgten und Ermordeten des NS-Regimes stellen, offenbart sich aber auch, dass die Umdeutungsversuche unserer Geschichte durch die Neue Rechte Wirkung zeigen. Geschichtsrevisionismus ist zwar kein neues Phänomen: Rufe nach einem Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sind nur unwesentlich jünger als die NS-Zeit selbst. Mit dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in den vergangenen Jahren, dem Einzug der AfD in den Bundestag und in sämtliche Landtage sowie der Gründung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung 2017* werden jedoch geschichtsrevisionistische Positionen öffentlich zunehmend prominenter geäußert und verschieben die Maßstäbe dessen, was denk- und sagbar scheint.

Schulen können sich dieser Entwicklung nicht verschließen. Die Herausforderung, die geschichtsrevisionistische Positionen an die Bildungsarbeit stellen, besteht nicht nur in der Aufklärung über Geschichte und der Richtigstellung der historischen Fakten, sondern auch darin, herauszufinden, welche Bedeutung diese Welt- und Selbstsicht für Jugendliche hat. Das vorliegende Unterrichtsmaterial soll einen Beitrag dazu leisten, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen über die Vergangenheit, die bis heute nachwirkt.



Dr. Meron Mendel,
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank,
Frankfurt am Main/Kassel

* Über die Desiderius-Erasmus-Stiftung und die von ihr ausgehende Gefahr informiert die Bildungsstätte Anne Frank mit einer aktuellen Kampagne im Wahljahr 2021: www.stiftungstrick-der-afd.com

Begriffsdefinition: Geschichtsrevisionismus

Geschichtsrevisionismus bezeichnet den Versuch, ein wissenschaftlich, gesellschaftlich und politisch anerkanntes Geschichtsbild zu revidieren. Ereignisse der Vergangenheit werden wesentlich anders dargestellt, gedeutet oder erklärt als in der gegenwärtigen Geschichtsschreibung.

Das aus dem Lateinischen stammende Wort Revisionismus bedeutet Neufassung oder Überprüfung, verweist also nicht direkt auf eine ideologisch gefärbte Umdeutung historischer Fakten – so wird der Begriff im englischen Sprachraum schlicht für Neubewertungen historischer Erkenntnisse auf Basis neuer empirischer Daten verwendet, ein Grundprinzip wissenschaftlicher Arbeit.

Im deutschsprachigen Kontext werden unter dem Begriff jedoch eher absichtsvolle und pseudowissenschaftliche Umdeutungen der Geschichte gefasst, die dem Ziel folgen, Deutungshoheit über die Vergangenheit zu gewinnen. Nicht der ergebnisoffene wissenschaftliche Erkenntnisgewinn steht im Vordergrund – vielmehr werden Fakten einseitig interpretiert und eine wissenschaftliche Arbeitsweise nur vorgetäuscht, um das anerkannte Geschichtsbild anzugreifen und durch eine vorgefasste ideologische Sicht zu ersetzen. So gilt auf die deutsche Geschichte, insbesondere auf die NS-Vergangenheit bezogener Geschichtsrevisionismus den Verfassungsschutzbehörden als zentrales Element rechtsextremer Ideologie.

Die Holocaust-Leugnung, also das Abstreiten oder die weitgehende Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden, stellt dabei den Hauptbestandteil und die extremste Form des Geschichtsrevisionismus dar. Sie bestreitet eine systematische Vernichtungsabsicht des NS-Regimes und ist in Deutschland ein Straftatbestand. Die abgeschwächte Form der Holocaust-Relativierung bestreitet die Verbrechen des NS-Regimes nicht, verharmlost sie jedoch, etwa durch unverhältnismäßige Vergleiche.

Didaktische Überlegungen

Hinweis für Lehrkräfte

Erinnerung zwischen Weltmeisterschaft und Kehrtwende

Gratwanderungen der historisch-politischen Bildung
Von Deborah Krieg, Bildungsstätte Anne Frank

So viel vorab: Geschichtsvermittlung ist kein (Allheil-) Mittel gegen Geschichtsrevisionismus und antisemitische Bezugnahmen oder Umdeutungen von Geschichte.

Lange Zeit bestand die Hoffnung, mit dem Beweisen und Erinnern der nationalsozialistischen Verbrechen zu einem „Nie wieder“ beitragen, sich vor künftigen Gefahren wappnen und eine bessere, andere Gesellschaft gestalten zu können. Gegen viele Widerstände und Anfeindungen wurde recherchiert, zutage gefördert, offengelegt, wurden Spuren gesucht, Tatorte sichtbar gemacht und konservatorisch fixiert. In zahlreichen Ausstellungen, Theaterstücken und Filmen, aber auch in politischen und juristischen Auseinandersetzungen und Prozessen wurde um einen angemessenen Umgang mit der NS-Ideologie und den Verbrechen der Schoah gerungen. Die Abwehr von Erinnerung, der Versuch der Umdeutung oder die strategische Platzierung anderer, scheinbar konkurrierender oder relativierender Geschichten und Erzählungen hat eine ebenso lange Tradition.

Vor und nach der „Wende“ schien es in allen Teilen Deutschlands den (zwar immer wieder herausgeforderten, aber mehrheitsfähigen) Konsens zu geben, dass eine Abgrenzung und unbedingte Ablehnung von NS-Ideologie und Antisemitismus Voraussetzung für eine demokratische und moderne Gesellschaft seien. Gleichzeitig gab es durchgehend „Schlussstrichdebatten“, das Gefühl, dass es „zu viel“ sei, dass „alle gelitten“ hätten. Es gab aggressive Reaktionen auf individuelle und lokale, aber auch nationale Versuche und Projekte einer „aktiven Erinnerungskultur“. Und es gab die Relativierer*innen, es gab die Leugner*innen, es gab die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Rechtfertigung der Schoah.

Und auch wenn wir inzwischen ein Mahnmal in der Hauptstadt haben, NS-Zeit und Schoah Teil des schulischen Curriculums geworden sind und viele Jugendliche in Deutschland Gedenkstätten besuchen – wir sind weiterhin gefragt, uns Gedanken zu machen, wie wir mit den sich anpassenden und verändernden Qualitäten von Antisemitismus und Revisionismus umgehen sollen, wie wir – auch im Bereich der Bildung – gegen ihr Erstarken

und ihre breiter werdende Etablierung vorgehen können und was wir Tabubrüchen und Diskursverschiebungen entgegensetzen können.

Das Leugnen, Relativieren oder Verherrlichen der NS-Geschichte und des Holocausts erfüllt eine Funktion in der und für die Gegenwart. Es geht in der Bildungsarbeit nicht vorrangig darum, Vergessen oder Vergessenwollen zu bekämpfen, sondern (gewollte) Umdeutungen. Diese Umdeutungen sind kein Teil einer offenen Auseinandersetzung mit Geschichte im Bemühen um ein umfassenderes Verständnis historischer Ereignisse und Prozesse oder gar ein Verstehen von (historischen) Gelingensbedingungen für Verbrechen. Sie erfüllen eine Funktion, der es gleichgültig sein kann und muss, ob sie für ihre Zwecke Erfindungen, Lügen, „Fake News“ oder „alternative Fakten“ bemüht. Es geht um die Etablierung eines unbeirrbar emotionalen Wissens, um die Unterfütterung eines Weltbildes mit passenden Erzählungen. Dagegen können – zumindest bei denjenigen, die dieses Wissen verbreiten und propagieren oder es für ihr Selbstverständnis dringend benötigen – Richtigstellungen, historische Fakten und Gegenerzählungen wenig ausrichten.

Ging es zunächst noch um die konkrete Abwehr von der eigenen Verantwortung und Beteiligung als Einzelne*r oder als Gesellschaft, geht es heute vermehrt um die Vorherrschaft einer schuldbehafteten, homogenen, völkischen Gemeinschaft. Es geht um die Deutungshoheit: Wer ist wir? Wer gehört zu uns? Wie sind wir aufgestellt? Wer soll an die Macht? Es ist daher ein wesentlicher Teil von Bildung, sich auch mit der Funktion sowie den Strategien und Funktionsweisen von Revisionismus und Antisemitismus im Kontext von Erinnerung auseinanderzusetzen.

Bildung muss über die Vermittlung historischen Wissens hinausgehen

Dass wir aus der Geschichte lernen müssen, darin sind sich die meisten Pädagog*innen und Bildner*innen einig. Aber bei der Frage, wer lernen soll und was und wie,

hat die Einigkeit oft ein Ende, wird aus Gewissheit häufig Verunsicherung. Nicht viele können bei diesen Fragen auf einen eigenen, gut ausgestatteten Bildungsweg zurückblicken.

Gerne wurde und wird die Verantwortung für die Zukunft in Forderungen an Schulen und Jugendbildung weitergereicht. Dort kann und darf sie aber nicht stehenbleiben. Es ist wichtig, auch sich selbst zu überprüfen: Inwieweit sind die eigenen Strategien zum Umgang mit der Vergangenheit von Abwehrdiskursen, Schweigen oder oberflächlich gebliebenen Postulaten geprägt? Welches Instrumentarium wurde uns an die Hand gegeben, um mit Herausforderungen wie revisionistischen oder schuldabwehrenden Argumenten und Erzählungen umzugehen? An welchen Stellen und in welchen Situationen wollen und müssen wir unsere Bildungskonzepte nachjustieren?

Häufig finden wir uns in der Gestaltung und Moderation von Bildungsprozessen in einem Dilemma wieder. Wollen wir offene, befähigende Prozesse anstoßen, freie Meinungsbildung ermöglichen und auf die Vernunft der Adressat*innen unserer Angebote setzen, stehen wir oft vor der Herausforderung, problematische Äußerungen und Positionierungen unwidersprochen „stehenlassen“, wirken lassen zu müssen. Die eigene Position und Rolle können dann schnell als zustimmend oder beliebig interpretiert werden. Das Bildungsangebot kann ohne jede Irritation oder sogar mit dem Gefühl der Bestätigung dieser Argumente konsumiert werden. Setzen wir dem Normverdeutlichungen entgegen und Grenzen im Sinne des Schutzes von Betroffenen und universeller Werte, kann die gemeinsame Auseinandersetzung schnell als direktiv, protektionistisch und zensorisch abgewehrt werden.

Gerade mit solchen scheinbar widerstreitenden Anforderungen politischer Bildung an sich selbst spielen rechte und rechtspopulistische Strategien. Auf bewusste Tabubrüche folgt die Anklage, dass das Recht auf Meinungsfreiheit oder das Neutralitätsgebot verletzt würden. Daher ist es wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass zum einen Meinungsfreiheit nicht Widerspruchsfreiheit

bedeutet. Zum anderen beinhaltet das Neutralitätsgebot nicht nur ein Verbot, sondern eben auch ein Gebot: gegen jede unterschiedliche Behandlung wegen Geschlechts, sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Nationalität einzuschreiten. Es kann dabei hilfreich sein, nicht (vergeblich) nach dem besten Mittel zwischen Offenheit und Korrektur zu suchen, sondern die Gleichzeitigkeit beider Prinzipien als gemeinsame Anstrengung transparent zu machen.

Auch in anderen Situationen passiert es immer wieder, dass Bildungsangebote gegen rechtspopulistische oder rechtsextreme Denkfiguren und Argumente in selbigen steckenbleiben und in einen Schlagabtausch geraten (manchmal mit geschulten und geübten Redner*innen). Verdrehungen werden Fakten, Umdeutungen Deutungen gegenübergestellt. Die eigentliche Frage – die nach der Funktion, nach der Ideologie und Weltsicht, die durch die vorgebrachten Argumente und Erzählungen vertreten wird – wird zweitrangig: Warum soll es denn wichtig sein, Menschen in Rassen zu unterscheiden, die Unvereinbarkeit von Kulturen zu erkennen, die Schoah als Erfindung zu akzeptieren, die guten Seiten des NS anzuerkennen, die jüdische Art zu entlarven, sich endlich einmal zutrauen, diese oder jenes offen zu sagen ...? Welche Konsequenzen ziehen diejenigen, die sie vertreten, aus diesen Behauptungen? Wie sieht denn die Gesellschaft aus, die sie gestalten wollen? Und was soll mit all denen passieren, die sie anders oder unpassend finden?

Im Vordergrund sollte stehen: Warum, aus welcher Überzeugung heraus, stelle ich mich gegen einen solchen Gesellschaftsentwurf? Wofür stehe ich ein? Gegenrede und Widerspruch sind dann effektiv, wenn sie Gegenentwürfe beschreiben und begründen können, eigene Themen setzen und nicht allein auf die Überführung oder Überzeugung ihres Gegenübers zielen – gerade auch im Hinblick darauf, dass in den meisten pädagogischen Begegnungen nicht nur jene Störer*innen beteiligt sind, sondern auch Menschen, die diese Positionen ebenfalls ablehnen, die verunsichert sind, sich überfordert fühlen oder unmittelbar betroffen sind.

Inhalte einer Bildung gegen Antisemitismus und Revisionismus sollten dem Thema daher auf drei Ebenen begegnen:

HISTORISCHES LERNEN

Neben dem Wissen um historische Fakten und Ereignisse steht ein Lernen über „die Geschichte“ als gemeinsames Projekt, als gemeinsame Konstruktion und unabgeschlossener Verhandlungsgegenstand sowie die Frage nach der Bedeutung von Geschichte für unsere gegenwärtige Welt- und Selbstsicht. Woher kommt Geschichte, wer macht sie, und wofür brauchen wir sie? Dem schließt sich die Frage nach dem konkreten Umgang mit der NS-Geschichte und der Schoah an. Dazu gehört auch die Behandlung von Bearbeitungsdefiziten in der (jüngeren) Vergangenheit.

GESCHICHTSBEWUSSTES VERHANDELN DER GEGENWART

Im gegebenen Komplex brauchen Bildungsangebote Räume, um sich mit der Frage danach zu beschäftigen, welche Funktionen schuldabwehrende, revisionistische oder verherrlichende Positionen erfüllen und welche Wirkungen die dahinterstehenden Welt- und Selbstbilder auf das gesellschaftliche Miteinander haben.

HANDLUNGSSTRATEGIEN

Um Gegenpositionen entwerfen und verteidigen zu können, braucht es schließlich die (Alltags-)Kompetenz, entsprechende Argumente dechiffrieren, Antisemitismus erkennen, Kommunikationsstrategien identifizieren zu können. Es muss also auch um die Auseinandersetzung mit konkreten Aussagen, wiederkehrenden Symbolen und Topoi gehen.

Wir sind viele

Bei alledem müssen im pädagogischen Raum stets die individuellen Positionierungen der Anwesenden als Ausübende oder Betroffene diskriminierenden Handelns berücksichtigt werden. Ein Weg, verletzendes Handeln besprechbar zu machen, ohne den Ausübenden alternative Handlungsspielräume zu verschließen, ist die Trennung von „Tat“ und „Täter“, also von „Absicht“ und „Wirkung“ des problematischen Handelns (Ein Beispiel: Statt zu sagen „Du Antisemit“, sollte besser die Rede sein von „Das Argument ist antisemitisch, weil...“). Im Vordergrund steht dabei das Ziel, eine Verhaltensmodifikation zu erreichen, welche die Betroffenen und den gemeinsamen Raum vor weiteren Verletzungen schützt.

Für das pädagogische Handeln ist es zudem von besonderer Wichtigkeit, in der Reaktion auf Verletzungen Betroffenen den Subjektstatus nicht abzuerkennen. Der Anlass für eine Intervention muss immer die Verletzung sein, nicht die (Anwesenheit von) Verletzten. Die Betroffenenperspektive ist im Sinne eines allgemeingültigen Prinzips der Gleichwertigkeit aller aus dem Selbstverständnis der pädagogisch Handelnden heraus zu schützen. Antisemitismus und Revisionismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind nicht nur Ideologie und Einstellung – sie sind auch Alltagserfahrung. Ziel eines diskriminierungssensiblen Agierens im pädagogischen Raum sollte es daher sein, dieser Lebensrealität eine Alltagserfahrung solidarischen Handelns entgegenzusetzen.

Die Gestaltung von Erinnerungsräumen und Bildungsprozessen ist häufig von einem großen wechselseitigen Misstrauen darüber geprägt, ob die jeweils anderen richtig erinnern, aus den richtigen Gründen erinnern oder einen geeigneten Zugang zur Erinnerung haben. Dieses Misstrauen kann sich zum Beispiel intergenerationell, „interkulturell“ oder milieubedingt begründen. Können die überhaupt noch nachvollziehen, wie wir für einen anderen Umgang mit der Vergangenheit gekämpft haben? Interessieren sie sich überhaupt für unsere Geschichte, sind ihre Erzählungen und Traditionen, ihre Familiengeschichten nicht viel zu weit von NS und Schoah entfernt? Oder sind sie zu nah dran, um einen objektiven Umgang zu finden? Haben sie überhaupt die notwendige Vorbildung, um sich mit derart komplexen Themen auseinanderzusetzen? Sind sie nicht schnell verführt? Sind es ihre Ängste, die sie anfällig machen? Liegt ihr Unvermögen einer kritischen Reflexion an ihrer (Gruppen-)Sozialisation?

Zuletzt sei daher angemerkt, dass die Einteilung der Adressat*innen in unterschiedliche, jeweils einheitliche Gruppen, denen eine jeweils spezifische Herangehensweise und spezifische Schwierigkeiten unterstellt werden, ebenfalls dazu führen kann, eigene Vorstellungen von homogenen Wir-Gruppen zu befeuern. Das macht sie als Gegenentwurf zu völkischen Ideen instabil. Es bleibt also ein ständiger Auftrag, nicht nur die Erzählungen und das Wissen der Anderen (der Adressat*innen von Bildung), sondern auch die eigenen kritisch zu hinterfragen, um glaubhaft und wirksam für eine offene, vielfältige Gesellschaft einzutreten.

Deborah Krieg ist Bildungsreferentin der Bildungsstätte Anne Frank.



Der vorliegende Text ist dem Themenheft „Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus“ (2020) entnommen, das sich unter info@bs-anne-frank.de gegen Spende bestellen oder kostenfrei als PDF herunterladen lässt unter: www.bs-anne-frank.de/revisionismus

Didaktische Überlegungen

Hinweis für Lehrkräfte

„Wir sind nicht neutral“

Sanem Kleff, Direktorin des Bundesnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, über die Reaktion auf geschichtsrevisionistische Positionen im Unterricht und den Umgang von Schulen mit der AfD.

Frau Kleff, in den vergangenen Jahren sind geschichtsrevisionistische Aussagen wieder lauter geworden. Macht sich das an Schulen bemerkbar?

Nach meiner Wahrnehmung ist das nicht stärker geworden, das gab es schon immer, zumindest während meiner 40 Jahre als Lehrerin. Kinder zwischen fünf und 15 Jahren sind aber nicht gerade die Altersgruppe, die sich mit Geschichte beschäftigt. Wenn, dann ist das Thema in den oberen Stufen.

Hat sich da etwas verändert?

Es gibt immer wieder einzelne Schülerinnen und Schüler, die sich über ihr soziales Umfeld mit solchen Thesen und Theorien beschäftigt haben. Mir berichten aber Kolleginnen und Kollegen, dass solche Themen offener und bewusst als Provokation angelegt angesprochen werden. Das ist neu.

Wie erklären Sie sich das?

Das deutet darauf hin, dass wir heute mehr Jugendliche vor uns haben, die eine „Schulung“ durchlaufen haben. Das „Informationsangebot“ aus der rechten Ecke an geschichtsrevisionistischen Thesen, vor allem in Form von Videos, von Tutorials geradezu, hat zugenommen. Beliebt ist etwa das Thema Opferzahlen – also „Sechs Millionen jüdischer Opfer kann es ja nicht gegeben haben, weil ...“. Aber auch andere Versatzstücke und „Klassiker“ aus diesem Denken. Dazu gibt es im Netz Unmengen an Material.

Warum ist solche Propaganda für manche Jugendliche ansprechend?

Nicht zuletzt wegen der vermeintlich aufklärerischen Attitüde: „Jetzt kommen wir und sagen, wie es wirklich war, räumen endlich mit den Lügen auf.“ Jugendliche finden es grundsätzlich gut, zu der Gruppe zu gehören, die mutig sagt, wie es wirklich ist.

Wie können Eltern damit umgehen, wenn ihre Kinder solche Videos anschauen oder sich entsprechend äußern?

Da gibt es keine pauschale Antwort, das kommt sehr auf

die Eltern an. Elternsein ist nicht einfach, und es gibt viele Menschen, die dieser Herausforderung nicht gewachsen sind. Mein Fokus liegt umso mehr auf der Institution Schule. Es ist ihre Aufgabe, bewusst kompensatorisch zu wirken, um annähernde Chancengleichheit in der Bildungskarriere herzustellen. Das gilt besonders fürs Sozialverhalten: Schule muss auch Haltung mitprägen. Ich bin der Meinung, dass wir Werte zu vermitteln haben.

Was können Lehrer*innen tun, wenn Schüler*innen solche Medien konsumieren oder mit revisionistischen Parolen auffallen?

Schülerinnen und Schüler konsumieren unglaublich viel. Darunter vieles, was eigentlich immer wieder kritisch aufgegriffen werden müsste – nicht nur Revisionistisches. Es kommt auf zwei Dinge gleichzeitig an: Erstens, der Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen muss als eine wichtige Quelle der Beeinflussung ihres Denkens ernst genommen werden. Da ist ganz klassische Medienkompetenzvermittlung angesagt: Quellen checken und überprüfen, welche Interessen dahinterstecken. Hilfreich ist dabei immer, wenn man den Jugendlichen Wege eröffnet, selber zu Medienmachern zu werden, damit sie aus der Rolle der Konsumierenden herauskommen. Der zweite Punkt betrifft historische Themen wie den Geschichtsrevisionismus selbst. Diese werden ja nicht nur über Medien vermittelt. Das Thema muss man von sich aus gezielt aufgreifen und dafür sensibel sein.

Sie meinen, noch bevor es eine Schülerin, ein Schüler anspricht?

Ja, alle Problemfelder sind besser zu bearbeiten, wenn man sie nicht in einer Konfliktsituation aufgreift, sondern vorher. Man sollte also nicht warten, bis der erste Schüler sagt: „Ach, sechs Millionen waren es gar nicht.“ Dann muss man natürlich intervenieren als akute Reaktion, aber das ist nicht die Lösung. Es geht darum, dass ich als Pädagogin das Thema ernst nehme und es selbst auf die Tagesordnung setze.

Wie viel Zeit ist dafür in der Schule?

Damit sieht es nicht gut aus. Ich habe vor sechs, sieben Jahren ein Modellprojekt zum Thema Erinnerungs- und Gedenkkultur in der Einwanderungsgesellschaft durchgeführt. Das Ziel war, herauszufinden, wie Erinnerungs-

kultur angesichts einer diversen Schülerschaft mit unterschiedlichen familienbiographischen Bezügen aussehen sollte. Wir haben mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet, um zu hören: Was ist denn für dich wichtig, aus Geschichte zu lernen? Was weißt du? Was interessiert dich?

Was haben Sie erfahren?

Es war schon ziemlich erschütternd, dass eine Gruppe von 15- bis 16-jährigen Schüler*innen aus verschiedenen Schulformen in Berlin nicht einmal zu berichten wusste, was die Mauer war. Sie wussten nicht wirklich zu sagen, warum sie da stand, wer sie gebaut hat. Als wir über den Zweiten Weltkrieg sprachen, fragte ich, wer gegen wen gekämpft habe. Die einhellige Meinung war: die Amerikaner gegen die Russen.

Häufig bieten zivilgesellschaftliche Initiativen politische Bildung oder Workshops zu geschichtlichen Themen in Schulen an. Aus der AfD heißt es mitunter: Das verstößt gegen das Neutralitätsgebot. Sie haben darauf mit dem Hashtag #wirsindnichtneutral geantwortet. Was meinen Sie damit?

Genau das. Wir sind nicht neutral. Wir stehen für eindeutige Werte. Wir stehen für ein Menschenbild, das wir auch im Grundgesetz wiederfinden und nicht nur in Artikel 1. Dieses Menschenbild geht von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus. An diesem Punkt gibt es einen nicht überbrückbaren Dissens mit der AfD. Wir setzen uns bewusst parteiisch für diese Werte ein. Das kann man gut oder schlecht finden, aber wir bleiben bei unserer Position. Neutral im Sinne von „Das ist uns alles vollkommen gleich und egal“ – das kann es nicht geben.

Was heißt das für Schulen?

Gerade an öffentlichen Schulen darf es eine solche Gleichgültigkeit nicht geben. Lehrerinnen und Lehrer sind den Eckpfeilern unserer Gesellschaft, unseres Grundgesetzes, verpflichtet. Sie sind insofern aufgerufen, parteiisch zu sein. Die Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Menschenrechte haben und die, dass Menschen unterschiedlich viel wert seien – das sind nicht zwei gleichwertige Meinungen, die einfach so nebeneinander stehenbleiben können.

Wie sieht das in der Praxis aus, etwa wenn an einer Schule eine Podiumsdiskussion geplant ist mit Vertre-

ter*innen verschiedener Parteien und ein AfD-Kandidat sagt, er wolle auch eingeladen werden?

Die Schulleitung kann immer darüber bestimmen, wer den Fuß in das Gebäude setzen darf oder nicht – egal, ob Parteienvertreter oder Würstchenverkäufer. Es ist eine politische und eine pädagogische Frage, ob man ein Podium mit der gesamten Bandbreite macht oder nicht. Man könnte sich ja auch fragen, ob zum Beispiel die FDP noch relevant ist oder nicht. Diese Entscheidung sollte von Schulen inhaltlich begründet getroffen werden und nicht nach Schema F. Tatsache ist, dass die AfD eine zur Wahl zugelassene Partei ist und deshalb juristisch erst einmal dieselben Rechte in Anspruch nehmen darf wie jede andere Partei. Eine andere Frage ist, wie ich deren Inhalte bewerte.

Inwiefern?

Da gilt wieder: Wir dürfen nicht neutral sein. Wir müssen unsere Wertmaßstäbe anlegen. Wenn ich so zu dem Schluss komme, diese Partei lehnt die Gleichwertigkeit aller Menschen ab – und es braucht nicht viele Argumente dafür, warum das naheliegt –, dann ist eine rote Linie überschritten. Auch Aussagen wie das „Vogelschiss“-Zitat, aus denen ja der Wunsch nach einem Schlusstrich unter die Aufarbeitung der NS-Geschichte spricht, sind klare Botschaften. Das sind dann inhaltliche Gründe, mit denen ich argumentiere: Diese Inhalte möchte ich nicht auf meinem Podium, weil ich sie nicht als gleichrangige Meinungen betrachten kann, über die unserer Schülerschaft dann diskutieren soll.

Oft heißt es auch: Man muss Vertreter*innen solcher Ansichten stellen, statt sie auszuschließen. Wie sehen Sie das?

Sicher ist denkbar, dass eine Schule sich bewusst dafür entscheidet, jemanden von dieser Partei einzuladen, um ihre Thesen dann in den Diskussionen mit den Schülerinnen und Schülern aufzuarbeiten. Das erfordert allerdings ein komplexes, zeitaufwendiges Vorbereiten, Durchführen, Nachbereiten. Das kann auf keinen Fall locker nebenher geleistet werden, wenn in der Aula 300 Schülerinnen und Schüler sitzen. Man muss mit viel Aufwand die passenden Formate schaffen. Als pragmatisch veranlagte Lehrerin frage ich mich dann: Lohnt sich das? Reicht es nicht, aufgezeichnete Auftritte mit den Schülerinnen und Schülern anzusehen?

Um beim Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mitmachen zu können, müssen sich 70 Prozent der Schulmitglieder zu einer Selbstverpflichtung bekennen (siehe Infobox). Folgt aus diesen Leitlinien direkt etwas hinsichtlich dieser Frage?

Nein. Die drei Punkte beziehen sich zunächst auf das Handeln der unterzeichnenden Person selbst. Sie geben aber auch eine Absicht wieder, wofür die Mehrheit an der Schule stehen will. Alles andere ist davon abzuleiten. Wenn ich Punkt eins ernst nehme und sage, ich setze mich dafür ein, dass keine Form von Diskriminierung und Menschenverachtung an meiner Schule Platz hat, dann muss ich auch reflektieren, was es an der Schule bewirkt, wenn ich Vertreter solcher Positionen einlade. Also ob das menschenfeindliche Haltungen befördert oder ob es dazu dient, diese präventiv einzuschränken. Da ist Verantwortungsbewusstsein gefordert – von den Erwachsenen.

Das Interview führte Martin Steinhagen, freier Journalist aus Frankfurt am Main, für das Themenheft „Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus“ (2020) der Bildungsstätte Anne Frank.

Über die Interviewte: Sanem Kleff ist Direktorin von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Bundesweit haben sich mehr als 3200 Schulen zu der Selbstverpflichtung des Netzwerks bekannt. In Hessen ist die Bildungsstätte Anne Frank mit der Landes-koordination beauftragt.

Die Selbstverpflichtung

Wer eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ werden möchte, bekennt sich zu folgender Selbstverpflichtung:

1. Ich setze mich dafür ein, dass meine Schule nachhaltige Projekte, Aktionen und Veranstaltungen durchführt, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.
2. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, dann wende ich mich dagegen, spreche dies an und unterstütze eine offene Auseinandersetzung, damit wir gemeinsam Wege finden, einander respektvoll zu begegnen.
3. Ich bin aktiv, damit meine Schule jedes Jahr Projekte gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, durchführt.

Eine Schule kann in das Courage-Netzwerk aufgenommen werden und den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen, wenn sich mindestens 70 Prozent aller Menschen an dieser Schule in einer geheimen Abstimmung zu den drei Punkten der Selbstverpflichtung bekennen.

Alle weiteren Schritte unter:

schule-ohne-rassismus.org

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitstext 1

Auschwitz morgen – Die Zukunft der Erinnerung

Wer sich in Deutschland einbürgern lässt, wird auch die Last tragen müssen, Deutscher zu sein.

Spätestens in Auschwitz wird er spüren, was das bedeutet.

Von Navid Kermani

Mit einer Beobachtung möchte ich beginnen, die ich im Sommer 2016 nach einer Reise durch Osteuropa aufgeschrieben habe. Um Auschwitz zu besuchen, musste ich mich online anmelden und für eine Sprache entscheiden, Englisch, Polnisch, Deutsch und so weiter. Die Prozedur war nicht viel anders als auf einem Flughafen: Die Besucher, die meisten mit Backpacks, kurzen Hosen oder anderen Signalen, die auf eine Durchreise hindeuten, hielten den Barcode hin, um einzuchecken, nahmen einen Aufkleber für ihre Sprache in Empfang und passierten eine Viertelstunde vor Beginn der Führung eine Sicherheitschleuse. In einer engen Halle verteilten sie sich auf zu wenige Sitzbänke, bis ihre Gruppe aufgerufen wurde. Nachdem ich das Ticket unter einen weiteren Scanner gehalten hatte, stand ich von einem Schritt auf den anderen im ehemaligen Konzentrationslager, vor mir die Baracken, die Wachtürme, die Zäune, die jeder von Fotos, Dokumentationen, Filmen kennt.

Die Gruppen hatten sich bereits gesammelt und warteten darauf, von ihren Führern abgeholt zu werden. Während die israelischen Jugendlichen – oder bildete ich mir das nur ein? – etwas lauter und selbstbewusster waren, drückten sich die Deutschen – nein, das bildete ich mir nicht nur ein – stumm an die Mauer des Besucherzentrums. Plötzlich wog der Aufkleber schwer, den ich in der Hand hielt, eigentlich doch nur ein kleines Stück Plastikfolie. Er wog schwer. Instinktiv holte ich Luft, bevor ich den Aufkleber an die Brust heftete, auf dem schwarz auf weiß ein einziges Wort stand: deutsch. Das war es, diese Handlung, von da an wie ein Geständnis der Schriftzug auf meiner Brust: deutsch. Ja, ich gehörte dazu, nicht durch die Herkunft, durch blonde Haare, arisches Blut oder so einen Mist, sondern schlicht durch die Sprache, damit die Kultur. Wenn es einen einzigen Moment gibt, an dem ich ohne Wenn und Aber zum Deutschen wurde, dann war es nicht meine Geburt in Deutschland, es war nicht meine Einbürgerung, es war nicht das erste Mal, als ich wählen gegangen bin. Schon gar nicht war es ein Sommermärchen. Es war letzten Sommer, als ich den Aufkleber an die Brust heftete, vor mir die Baracken, hinter mir das Besucherzentrum: deutsch. Ich ging zu meiner Gruppe und wartete ebenfalls stumm auf unsere

Führerin. Im Tor, über dem „Arbeit macht frei“ steht, stellten sich nacheinander alle Gruppen zu einem bizarren Foto auf. Nur wir schämten uns.

Seit sich die Bundesrepublik Deutschland an den Nationalsozialismus, den Angriffskrieg, den Völkermord an den Juden sowie die Vergasung, die Erschießung, das Aushungern und die Deportation weiterer Millionen Menschen erinnert, seitdem wird die Erinnerung auch für schandbar, ungesund oder jedenfalls übertrieben erklärt. Die Dialektik von Gedenkkultur und Gedenkkritik zieht sich in Gestalt wiederkehrender, immer ähnlich verlaufender Debatten durch die Geschichte des immer noch jungen Staates, der seit 1990 allein in der Nachfolge des Deutschen Reichs steht. Sie hat nicht erst mit dem Historikerstreit 1986 eingesetzt und nicht mit der Friedenspreisrede von Martin Walser 1998 aufgehört. (...)

Im Kern geht es in allen öffentlichen Auseinandersetzungen über den Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe um die Frage: Wann endlich wird aus Deutschland wieder ein normales Land?

Die Auseinandersetzung wird vermutlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in eher kürzeren Abständen wiederkehren, und sie wird an Schärfe oder vielleicht nicht an Schärfe, sondern folgenreicher noch: an Arglosigkeit gewinnen. Nicht mehr die Ewiggestrigen werden leugnen, sondern ganz normale, sogar weltoffene junge Leute werden nicht mehr verstehen, was Hitler mit ihnen zu tun haben soll. Denn wir stehen vor einer Zäsur, die noch nicht genügend ins öffentliche Bewusstsein gedrungen ist: Sehr bald werden die letzten Überlebenden von Auschwitz gestorben sein. Und nicht nur die Überlebenden verstummen, sondern überhaupt alle Zeitzeugen, Opfer, Verbrecher, Mitläufer, Unbeteiligte, Widerständler. ... Wer heute in Deutschland aufwächst, hat in der Regel nicht einmal mehr Großeltern, die noch erzählen oder sei es auch verschweigen – gerade das Schweigen kann schließlich zum Nachfragen anstiften. (...)

Wer in Deutschland geboren ist, nach Deutschland einwandert, durch Deutschland reist, für den sind die

Arbeitstext 1

Dimensionen des Völkermords an den Juden kaum zu fassen. In Deutschland waren die Juden eine winzige Minderheit, ein Prozent, als Hitler Reichskanzler wurde, ein Viertelprozent zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Man wohnt als Deutscher vergleichsweise selten in Häusern, in denen Juden gewohnt haben, geht nicht durch Straßen, in denen jeder Handwerksbetrieb einen jüdischen Besitzer hatte, ist nicht in Vierteln zu Hause, in denen alle Straßenzüge einmal ihre Mikwe, ihren Cheder oder ihre Synagoge hatten, lebt nicht in Städten, die mehrheitlich jiddisch sprachen. Die goldenen „Stolpersteine“, die hier und dort in den Bürgersteig eingelassen sind, verstärken mindestens im naiven, im kindlichen, unwisenden oder gehässigen Gemüt den Eindruck, dass es nur Einzelne waren. Tatsächlich: 165 000 jüdische Opfer mögen unter fast achtzig Millionen Deutschen wie „Einzelne“ erscheinen, wenn allein im litauischen Wilna siebzigtausend Juden ermordet worden sind – von hundertfünfzigtausend Bewohnern insgesamt. (...)

Dass der Holocaust in die Ferne rückt, ist allerdings nicht nur den Jahren geschuldet, die vorüberziehen, oder den Kilometern, die zwischen dem heutigen Deutschland und den zentralen Stätten des Völkermords liegen. Es kommt eine demographische Entwicklung hinzu. Immer mehr Menschen leben in Deutschland, die nicht einmal mehr einen familiengeschichtlichen Bezug zum Nationalsozialismus haben. Sie tragen keine Namen, wie sie die Täter getragen haben, sie gehören schon physiognomisch nicht der Volksgemeinschaft an, die Hitler zusammengeschweißthat, sie stoßen bei der Entrümpelung nicht auf alte Abzeichen oder Feldpostbriefe – oder wenn, dann aus ganz anderen, ihren eigenen Kriegen. Nicht wenige stammen aus einem Land, der Türkei, das zahlreiche Verfolgte Hitler-Deutschlands aufgenommen hat. Andere sind Bürger eines Staates, der Islamischen Republik Iran, in dem der Holocaust mit Karikaturwettbewerben verulkt wird. Oder sie sind in Staaten aufgewachsen, in Syrien etwa, die seit Jahrzehnten in Feindschaft mit dem Staat Israel stehen. Manche gehören demjenigen Volk an, das selbst unter israelischer Besatzung lebt. Wieder andere haben sich in Deutschland oder in ihren Herkunftsländern an Predigten gewöhnt, in denen Juden als Schweine bezeichnet werden. Sie besuchen Schulen, auf deren Höfen das Wort „Jude“ wieder zum Schimpfwort geworden ist. (...)

Dass Auschwitz aus dem kulturellen Gedächtnis des Judentums getilgt werden könnte, ist kaum denkbar.

Hingegen wurde in Deutschland seit Beginn der Bundesrepublik nicht nur daran gedacht, sondern öffentlich gefordert, mit dieser schuldbehafteten Vergangenheit abzuschließen und sich wieder mehr oder ausschließlich mit den positiven Ereignissen und Personen der Geschichte zu identifizieren, welche immer das auch gewesen sein mögen.

Wie gut das identitäre Wunschdenken funktioniert, lässt sich daran ablesen, dass sogar Goethe und Heine, um diese beiden Dichter stellvertretend für das glorifizierte Erbe zu nehmen, für den Nationalstolz in Anspruch genommen werden, obwohl beider Werk beispielhaft für die Sprengung nationaler Kategorien steht und sie Deutschland zeit ihres Lebens mit beißender Kritik überzogen haben. Je ferner Auschwitz rückt, desto leichter wird es Deutschen wieder fallen, sich an ihrer Geschichte zu erbauen. Und sie werden übersehen, dass gerade in der Gebrochenheit Deutschlands bundesdeutsche Identität und, ja, Stärke und Vitalität liegt. Es gibt nichts Ganzeres als ein gebrochenes Herz, lehrte der Rabbi Nachman von Berditschew. (...)

Welche anderen Verbrechen es auch gegeben haben mag, die man zur Relativierung heranzieht, ob von den Mongolen, während der Reconquista, bei der Eroberung Amerikas, im europäischen Kolonialismus, unter Stalin, in Ruanda oder heute im sogenannten „Islamischen Staat“ – das Verbrechen, für das Auschwitz steht, bleibt nicht nur in seinem Ausmaß und seiner industriellen Ausführung einzigartig. Nein, anders: Ausmaß und Ausführung des Holocausts sind nicht einmal der eigentliche Grund, warum unsere Gruppe unter dem Tor kein fröhliches Gruppenfoto machen konnte. Wären wir etwa gelöster gewesen, wenn es irgendwo auf der Welt einen noch größeren, sagen wir, atomaren Genozid gegeben hätte? Nein, der Grund ist ein anderer, er steht über dem Tor: Auschwitz ist das Böse, das nun einmal auf Deutsch propagiert und geglaubt, angeordnet und vollzogen worden ist.

Noch wer heute das ehemalige Konzentrationslager besucht, dem sticht ins Auge, dass alle Befehle, die an die Wände geschrieben worden, und alle Dienstpläne, die in den Vitrinen ausgestellt sind, selbst die Gebrauchsanweisungen auf den Chemikalien, die vor den Gaskammern stehen, deutsch sind. Wer diese Sprache spricht und erst recht, wer als Schriftsteller von ihr, mit ihr, dank ihr lebt, verstummt instinktiv, wenn er die Aushänge

der damaligen Lagerleitung – „Ihr seid hier in einem deutschen Konzentrationslager“ – liest. Und er begreift, warum keiner der heutigen Hinweise auf Deutsch aus-
geschildert ist. Man wird als Deutscher in Auschwitz niemals ein bloßer Besucher sein. (...)

Der Holocaust ist für Deutschland nicht allein eine Schuldgeschichte. Er ist zugleich eine Verlustgeschichte. Als Rechtsgemeinschaft, die sie auch ist, wird die Bundesrepublik immer der Nachfolgestaat des Deutschen Reichs sein; das prägt ihre Politik, ihre internationalen Beziehungen, ihre Verpflichtungen. Aber Schuld, wenn sie nicht in Kategorien des Bluts und der Volksgemeinschaft gefasst ist, Schuld vererbt sich nicht beliebig über die Generationen hinweg; man hat ein persönliches Verhältnis zu dem, was die Eltern, was die Großeltern taten, aber spätestens als Urenkel wird Schuld zu einem abstrakten Begriff, geht im besten Fall in politische Verantwortung und Einsicht über. Hingegen Verlust ist etwas, das man aus der Ferne, mit dem Abstand der Generationen noch deutlicher erkennt. Verlust ist etwas, das Hunderte oder sogar dreitausend Jahre später noch vergegenwärtigt werden kann. (...)

Heute leben viele Menschen in Deutschland, die nicht nur deutsch sind, die vielleicht auch gar nicht deutsch werden wollen im Sinne einer Identifikation mit Fahne, Küche und Brauchtum, die ihr Fremd- und Anderssein als etwas Schönes und Selbstverständliches sehen, aber genauso selbstverständlich und gern Bürger der Bundesrepublik sind. Sie schreiben in deutscher Sprache, sind vielleicht sogar Träger deutscher Kultur. Aber weder waren ihre Vorfahren im Warschauer Ghetto, noch waren sie Hitlers Jagdflieger. Wenn sie Auschwitz besuchen, werden sie ebenfalls das Wort „deutsch“ auf der Brust tragen. Spätestens unterm Tor werden sie Auschwitz als eigene Geschichte sehen. Vielleicht liegt darin eine Chance für Deutschland, in der Auslöschung der Juden nicht allein die Schuld anzuerkennen, sondern zugleich den Verlust zu empfinden. „Dschâ-ye schân châlist“, sagt man auf Persisch, wenn jemand vermisst wird, wenn er bei einem Fest, bei einem Begräbnis oder einfach im eigenen Leben, im Alltag fehlt. Das bedeutet, wörtlich übersetzt, „Ihr Platz ist leer“, oder auch „Ihr Platz ist frei“, im Sinne von freigehalten. „Dschâ-ye schân châlist“, sei diese Rede eines Deutschen über Auschwitz auf Persisch beendet. (...)

Der Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani, 1967 als Sohn iranischer Eltern in Siegen geboren, lebt in Köln. Er ist Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2015 sowie zahlreicher weiterer Auszeichnungen.

Auszüge aus der Rede von Navid Kermani zum zwanzig-jährigen Bestehen des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der LMU München (F.A.Z. 17. 7. 2017)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/auschwitz-morgen-navid-kermani-ueber-die-zukunft-der-erinnerung-15094667.html>

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Hinweis für Lehrkräfte 1

Anmerkungen zum Arbeitsblatt – Begriffserläuterungen

Auschwitz: Das größte NS-deutsche Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Der ab 1940 errichtete und von der SS betriebene Lagerkomplex am Rande der polnischen Stadt Oświęcim umfasste darüber hinaus das Konzentrationslager Auschwitz I (Stammlager), das KZ Monowitz sowie circa 50 weitere Außenlager. Die Zahl der Ermordeten liegt bei mindestens 1,1 Millionen Menschen. Am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz von der sowjetischen Roten Armee befreit.

Historikerstreit: Als Historikerstreit wird eine Debatte in der Bundesrepublik Deutschland aus den Jahren 1986/87 bezeichnet, die sich um die Singularität, also Einzigartigkeit des Holocausts drehte, und darum, welche Rolle dieser für das Geschichtsbild Deutschlands spielen soll. Ausgelöst wurde der Streit durch einen Artikel des Historikers Ernst Nolte, der den Holocaust als Reaktion der Nationalsozialisten auf vorausgegangene Massenverbrechen in der Sowjetunion darstellte. Diese und weitere Aussagen anderer Historiker kritisierte der Philosoph Jürgen Habermas als Revisionismus, also als Versuch, ein anerkanntes Geschichtsbild umzudeuten, was wiederum zu zahlreichen weiteren öffentlichen Reaktionen führte.

Friedenspreisrede von Martin Walser: Der Schriftsteller erhielt am 11. Oktober 1998 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Seine Rede aus Anlass der Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche, in der er „eine Instrumentalisierung des Holocausts“ ablehnte, führte zu kontroversen Diskussionen und Protesten. Walser hatte u. a. eine „Routine der Beschuldigung“ und „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ beklagt sowie formuliert: „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung.“

Stolpersteine: Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Kleine mit Betonwürfeln im Boden verlegte Gedenktafeln sollen an das Schicksal von Menschen erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. In den Messingtafeln, die üblicherweise im Pflaster vor dem letzten freigewählten Wohnort des Opfers eingelassen werden, sind per Hand die Namen und Geburtsdaten, sowie beispielsweise das Jahr der Deportation oder der Todesort angegeben. Seit 1992 wurden in Deutschland mehr als 75.000 Stolpersteine verlegt, auch in rund 25 weiteren Ländern gibt es sie bereits.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitsblatt 1

Aufgabe 1

Fassen Sie die wichtigsten Aussagen des Autors zusammen. Gehen Sie dabei vor allem darauf ein, was er über Scham, Schuld und Verlust sagt.

Aufgabe 2

Nehmen Sie persönlich Stellung zu Kermanis Aussagen, wonach in Deutschland eingebürgerte Menschen bei einem Besuch der Gedenkstätte beginnen werden, „Auschwitz als eigene Geschichte“ zu begreifen.

Aufgabe 3

Recherchieren Sie: Welche Gedenkstätten, Mahnmale, Stolpersteine u. ä. gibt es in Ihrer Stadt oder der näheren Umgebung, die an die Verbrechen der NS-Zeit erinnern?

Aufgabe 4

Skizzieren Sie in Gruppenarbeit, welche Möglichkeiten Sie haben, in ihrem eigenen Umfeld die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitstext 2

„Historische Bildung muss demokratische Praxis sein“

Axel Dreccoll und Martin Schellenberg über rechte Störaktionen in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, die kritische Auseinandersetzung mit AfD-Funktionär*innen und Gedenkstätten als historische Lernorte

Herr Dreccoll, Sie haben in der Gedenkstätte Sachsenhausen ganz konkrete Erfahrungen mit Geschichtsrevisionismus gemacht. Was genau ist passiert?

Axel Dreccoll: Im Juli 2018 ist eine Gruppe aus dem Umfeld der AfD, dem Wahlkreis der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, zu einer Führung in die Gedenkstätte gekommen. Diese Gruppe von circa 20 Personen ist unseren Guides dadurch aufgefallen, dass einige offensichtlich rhetorisch geschulte Revisionisten unter den Teilnehmern waren.

Wie machte sich das bemerkbar?

Dreccoll: Es war schnell klar, dass sie die Führung dazu nutzen wollten, Verbrechenskomplexe in Frage zu stellen. Das gipfelte in der Behauptung, dass es Gaskammern nur in den USA gegeben habe. Daraufhin haben die Guides, nach Rücksprache mit mir, die Führung abgebrochen. Es folgte ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, das erst kürzlich mit einem Strafbefehl zu Ende ging.

Martin Schellenberg: ... und damit mit einer rechtskräftigen Verurteilung.

In dem Fall war für Sie also eindeutig: Der Besuch muss beendet werden. Warum?

Dreccoll: Ein solcher Abbruch muss immer auch im Ermessen der Guides selbst liegen, sie können das am besten einschätzen. Für uns ist aber klar: Wenn wir erkennen, dass es Besuchern nicht darum geht, kritisch nachzufragen, sondern die Verbrechen insgesamt in Frage zu stellen, dann brechen wir die Führung ab und schalten die Staatsanwaltschaft ein. Wir sind der Staatsanwaltschaft dankbar, dass sie der Sache nachgegangen ist, und froh über das deutliche Signal, dass solche Äußerungen auch Konsequenzen haben. Das ist für uns eine enorm wichtige Botschaft.

Hat sich seither das Verhältnis zur AfD verändert?

Dreccoll: Es gibt kein Verhältnis. Wir haben uns mitunter zu erinnerungspolitischen Äußerungen von AfD-Funktionären verhalten. Das war immer eine ausgesprochen kritische Auseinandersetzung, wie man sich vorstellen kann. Ansonsten haben wir kein Verhältnis.

Haben Sie als Reaktion ein Hausverbot gegen AfD-Funktionär*innen verhängt?

Dreccoll: Wir haben eine Besucherordnung, die uns erlaubt, bei bestimmten Verhaltensweisen Besucher auszuweisen. Das ermöglicht das Hausrecht. Präventive Hausverbote gibt es bisher nicht.

Warum?

Dreccoll: Das ist juristisch schwierig. Wir haben uns intensiv beraten lassen. Die Ausübung des Hausrechts sollte an konkretes Verhalten gebunden sein. Wir sprechen Hausverbote nicht präventiv aus, es sei denn, es sind im Vorfeld ganz klar inakzeptable Äußerungen gefallen.

Im Dezember 2018 wollte ein AfD-Politiker bei einer Gedenkveranstaltung einen Kranz niederlegen. Das haben Sie nicht zugelassen. Wieso?

Dreccoll: Wir tolerieren keine Leugnung von Verbrechen, aber stellen uns natürlich Nachfragen und der Diskussion. Aber bei Gedenkveranstaltungen, insbesondere bei Kranzniederlegungen, geht es nicht um eine Debatte, sondern um eine symbolische Würdigung der Opfer. Das hat auch eine rituelle Dimension. Die Äußerungen von führenden AfD-Funktionären haben dazu geführt, dass wir dieses Ritual nicht gemeinsam mit Vertretern der Partei begehen wollen. Deshalb haben wir damals den unangemeldeten Versuch der Kranzniederlegung seitens der AfD nicht zugelassen und den Kranz am Ende der Veranstaltung wieder ausgehändigt.

Herr Schellenberg, nehmen revisionistische Äußerungen bei Führungen allgemein zu?

Schellenberg: Wir beobachten eine leichte Steigung auf insgesamt niedrigem Niveau, aber es ist schwierig, empirisch zu sagen, ob die Fälle wirklich zugenommen haben oder ob unsere Sensibilität dafür gestiegen ist. Die denkbare Bandbreite ist ohnehin groß. Das geht von Provokationen über offen getragene extrem rechte Symbole bis hin zu ganz kleinen Vorfällen.

Können Sie ein Beispiel für den Umgang damit nennen?

Schellenberg: Wenn zum Beispiel ein Schüler ein Hakenkreuz auf den Fußboden kratzt, stellt sich die Frage: Ist das ein strafrechtlich relevantes Ereignis, oder sollte

man die Situation pädagogisch aufgreifen? Das orientiert sich auch daran, ob der Schüler oder die Schülerin ein manifest rechtes Weltbild hat oder man das eher als Provokation wertet. Das zu entscheiden, darin liegt die Herausforderung für die Pädagog*innen in solchen Situationen.

Welche Empfehlung geben Sie Ihren Guides?

Schellenberg: Wir verstehen uns als einen offenen Lernort. Es geht nicht darum, jungen Menschen Haltungen vorzugeben, sondern sie dazu anzuregen, eigene Positionen zu entwickeln. Historische Bildung muss demokratische Praxis sein. Das heißt, dass so eine Störung eine Chance sein kann, die Haltung dahinter zu thematisieren. Rassistische Vorstellungen sind in der Gesellschaft weit verbreitet und sollten angesprochen werden, wenn sie zum Ausdruck kommen. Wir arbeiten verstärkt gemeinsam mit den Guides an der Frage, wann man intervenieren muss und welche Optionen es gibt.

Welche Möglichkeiten gibt es?

Schellenberg: Es geht häufig nicht darum, die Person zu überzeugen, die provoziert hat, sondern vor der Mehrheit der Gruppe Haltung zu zeigen und zum Nachdenken anzuregen. Es ist ja davon auszugehen, dass die Mehrheit einer Gruppe sich kritisch mit so einem Thema befassen möchte, sich aber nicht immer artikuliert. Wir besprechen mit unseren Guides tatsächliche oder mögliche Situationen in der Gedenkstätte und bestimmte Argumentationsmuster. Dabei beraten wir auch, ab wann pädagogische Veranstaltungen abgebrochen oder sogar zur Anzeige gebracht werden müssen.

Gibt es denn typische revisionistische Argumentationsmuster, die immer wieder genutzt werden?

Schellenberg: Die manifest Rechten in Schulgruppen kommen oft gar nicht mit oder äußern sich nicht. Hinter Provokationen stehen oft Personen, die noch kein geschlossenes Weltbild haben oder einfach nur provozieren wollen. Geschulte Rechte stellen mitunter gezielt Fragen, um die Geschichte zu relativieren, etwa durch Vergleiche mit anderen Verbrechen. Das kommt aber in der Gedenkstätte sehr selten vor.

Dreccoll: Ein rhetorisches Mittel ist die Ausblendung des Kontextes. Viele schriftliche Befehle aus dem Nationalsozialismus sind etwa nicht eindeutig, nutzen euphemistische Begriffe – oder Befehle wurden nur mündlich gegeben. Da wird dann angeknüpft und versucht, mit vermeintlichem Detailwissen unter Ausblendung jedes Kontextes die Verbrechen insgesamt in Frage zu stellen. Das kennen wir bereits aus den 1990er Jahren, als mit merkwürdigen Gutachten die Existenz von Gaskammern in Frage gestellt werden sollte – trotz Hunderter Zeugenaussagen und Akten.

Kommt Gedenkstätten im Kampf gegen Geschichtsrevisionismus eine besondere Rolle zu?

Dreccoll: Es ist eine Doppelfunktion: Erstens sind wir baulich manifestierte Ausrufezeichen der Erinnerungskultur. An uns kommt man erst mal nicht vorbei. Wir haben eine hohe Aufmerksamkeit. Mehr als 700.000 Menschen kommen pro Jahr nach Sachsenhausen, der ganz überwiegende Teil, um sich zu informieren und kritisch zu reflektieren. Zweitens zeigt so ein Konzentrationslager, wohin Diskriminierung und Ausgrenzung in ihrer schlimmsten Form führen – so sehr man sich als Historiker davor hüten muss, einfache Parallelen zu ziehen. Die ehemaligen Tatorte machen klar, dass diese Taten im Bereich des Menschenmöglichen lagen. Das zeigt auch die Aktualität: Der Möglichkeitshorizont, auf den wir verweisen, der ist so furchtbar, dass er unbedingt zum Nachdenken anregen muss, was gegenwärtige Ereignisse angeht. Das halte ich für eminent wichtig.

Werden diese Orte noch an Bedeutung gewinnen, wenn immer weniger Zeitzeug*innen über ihre Erlebnisse berichten können?

Schellenberg: Ja. Vielleicht hat man eine Zeitlang gedacht, die NS-Gedenkstätten seien ein Teil der Erinnerungskultur der Bundesrepublik geworden; nicht mehr ein kritischer Stachel gegen Verdrängung wie in der Vergangenheit, sondern normale Orte. Man merkt jetzt durch die Angriffe von rechts, dass die Auseinandersetzung damit wieder an Bedeutung gewinnt und dass die Orte auch wieder stärker zivilgesellschaftlich in Anspruch genommen werden müssen.

Arbeitstext 2

Wie kann das gelingen?

Schellenberg: Wir arbeiten etwa mit Jugendlichen auch zur Frage „Wie möchten wir leben?“ und nicht nur dazu, was historisch passiert ist. Wir zeigen die Gegenwartsbezüge der Geschichte auf. Wir fragen nicht nur: „Was war das Leid der Sinti in Sachsenhausen?“, sondern auch: „Wo werden Roma heute in der Bundesrepublik diskriminiert?“ Wir zeigen auf, dass die Demokratie in Weimar nicht durch eine „Machtergreifung“ einfach zerstört, sondern von gewählten Parteien abgeschafft wurde.

Was wünschen Sie sich von der Gesellschaft, um revisionistischen Tendenzen entgegenzuwirken?

Dreccoll: Mein Wunsch wäre, dass wir neben einem sehr stark international geprägten Publikum vor allem auch das nähere und weitere Umfeld erreichen. Dass wir die bundesdeutsche, aber auch die brandenburgische Zivilgesellschaft an unsere Orte binden, dass wir sie dazu anregen können, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Wir wollen nicht vorschreiben, welche Lehren zu ziehen sind, aber wir wollen zu dieser Beschäftigung animieren. Mein Wunsch ist, dass uns das gelingt.

Schellenberg: Als Leiter der Bildungsabteilung wünsche ich mir, dass diejenigen, die zu uns kommen, Sachsenhausen stärker als ihren eigenen Ort begreifen, ihre Fragen mitbringen, mit uns in den Dialog gehen und es weniger als Pflichtritual sehen. Bildung ist ein Prozess. Wir sind dafür offen und wünschen uns, dass sich unsere Besucher*innen darauf einlassen.

Das Interview führte Martin Steinhagen, freier Journalist aus Frankfurt am Main.

Es erschien erstmals im Themenheft „Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus“ (2020) der Bildungsstätte Anne Frank.

Über die Interviewten:

Axel Dreccoll ist Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen.

Martin Schellenberg leitet die pädagogische Abteilung der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Hinweis für Lehrkräfte 2

Anmerkungen zum Arbeitsblatt – Begriffserläuterungen

KZ Sachsenhausen: Das Konzentrationslager Sachsenhausen war ein ab 1936 eingerichtetes Konzentrationslager im Ortsteil Sandhausen der Stadt Oranienburg, nördlich von Berlin, das als Modell- und Schulungslager diente. Von den mehr als 200.000 inhaftierten Menschen kamen Zehntausende durch Hunger, Misshandlung, medizinische Versuche, Krankheiten, Zwangsarbeit oder systematische Vernichtungsaktionen der SS zu Tode.

Alice Weidel: Politikerin der Partei AfD und seit September 2017 Ko-Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitsblatt 2

Aufgabe 1

Beschreiben Sie anhand des vorliegenden Interviews, mit welchen Problemen die Guides bei ihrer Arbeit in der Gedenkstätte Sachsenhausen konfrontiert sind und wie sie auf Störaktionen reagiert haben.

Aufgabe 2

Recherchieren Sie im Internet weitere Fälle rechter Störaktionen in KZ-Gedenkstätten, und analysieren Sie, worin sich die Vorfälle gleichen.

Aufgabe 3

Sammeln und notieren Sie Ideen, welche Möglichkeiten Sie als Schüler*in haben, geschichtsrevisionistischen Äußerungen entgegenzutreten.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitstext 3

AUSCHWITZ-BEFREIUNG

Wir dürfen nicht aufhören zu gedenken

Wer das Gefühl hat, es gebe einen „Schuldskult“ in Deutschland, hat nicht verstanden, in welcher Gesellschaft wir leben.
Von Justus Bender

Im Oktober 1980 fand ein Student auf dem Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau den Kolben einer Thermoskanne. Jemand hatte ihn in der Nähe der Ruinen des Krematoriums III vergraben. Darin: 13 verwitwete Seiten des griechischen Kaufmanns Marcel Nadjari, geschrieben und vergraben im November 1944. Es war ein Abschiedsbrief an seine Familie. „Die Dramen, die meine Augen gesehen haben, sind unbeschreiblich“, schrieb Nadjari. Er erzählte, wie er als Lagerinsasse dem „Sonderkommando“ am Krematorium zugeteilt wurde. „Es ist ein großes Gebäude mit einem breiten Schornstein mit 15 Öfen. Unterhalb eines Gartens gibt es zwei große endlose Kellerräume. Der eine dient uns zum Auskleiden und der andere als Todeskammer, wo die Leute nackt hineingehen, und nachdem er mit etwa 3000 Personen gefüllt ist, wird er verschlossen, und sie vergast.“

Nadjari musste die Leichen bergen, sie verbrennen und ihre Asche sieben. Oft wollte er selbst sterben, überlegte, mit in den Tod zu gehen. Aber die Sehnsucht nach Rache hielt ihn am Leben. Die Flaschenpost endete mit der Bitte um Weiterleitung nach Griechenland: „Dies ist mein letzter Wunsch. Zum Tode verurteilt von den Deutschen, weil ich jüdischen Glaubens bin.“

Der Brief erreichte seine Adressaten nicht, aber Nadjari konnte selbst berichten. Er entging dem sicher geglaubten Tod durch Glück, wurde Modedesigner in New York und starb mit nur 54 Jahren. Die Rache, von der er im Lager geträumt hatte, nahm er nie. Aber er wurde Vater von zwei Kindern, Albert und Nelli. Sie sind der Triumph über die Vernichtungsabsicht der Nazis.

Es ist wichtig, dass wir uns solche Geschichten heute immer noch und immer wieder erzählen. Die Erinnerung an jedes Opfer wachzuhalten ist die kleinste, aber einzig mögliche Gerechtigkeit, die den Ermordeten noch widerfahren kann. Das Verbrechen ihrer Ermordung sollte vertuscht werden, die Erinnerung an sie getilgt. Gerade für uns Deutsche ist es eine besondere Verantwortung, das zu verhindern. Es waren Deutsche, die all das getan haben. Deutsche entführten Millionen, sperrten sie in Lager, zwangen sie zu schwerer Arbeit

und ermordeten sie. Diese Wahrheit laut zu sagen ist unsere Pflicht.

Am 27. Januar ist es 75 Jahre her, dass das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit wurde. Daran wird in diesen Tagen viel und nicht nur in Deutschland erinnert. Unser Gedenken ist im Laufe der Jahre sehr umfassend geworden, manchmal erscheint es allgegenwärtig. Wir analysieren die Machtstrukturen der Nazis, wir kennen Spielfilme, Dokumentationen, Tagebücher, Gedenkstätten. Und wir können – noch – Zeitzeugen hören. Sie werden bald nicht mehr da sein. Ihre Autorität wird fehlen.

Ihre Abwesenheit wird vor allem jene ermuntern, die das Gedenken ohnehin für lästig und übertrieben halten. Gedenkmüdigkeit gab es schon immer. Heute aber werden die Stimmen lauter. Die größte Oppositionspartei im Bundestag will nicht, dass Kinder so viel wie bisher über die Schoa lernen und Gedenkstätten besichtigen. Ihre Vertreter sprechen von einem „Schuldskult“, der die Deutschen angeblich gängele. Sie relativieren die Zeit des Nationalsozialismus als einen „Vogelschiss“. Das Argument ist plump, es behauptet eine Unverhältnismäßigkeit: Was sind zwölf Jahre im Vergleich zu Jahrhunderten deutscher Geschichte ohne Gaskammern?

Wer so denkt, hat nicht verstanden, in welcher Gesellschaft wir leben. Rechtsradikale AfD-Politiker streben eine „Volksgemeinschaft“ an, in welcher der Einzelne seinen Wert aus der historischen Größe von Nation, Volk und Ethnie ableitet. Innerhalb dieser kruden Logik erscheint es konsequent, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas als Niederlage zu empfinden.

Das ist aber nicht die Logik unserer Gesellschaft. Wir Bundesdeutsche kennen nichts, das größer ist als die Würde des Einzelnen. Auschwitz ist deshalb mehr als die Mahnung, dass Derartiges nie wieder passieren darf. Das Vernichtungslager war der Endpunkt eines langen Irrweges. Die Anfänge, deren wir uns erwehren müssen, liegen schon in einem Volksbegriff, der das Kollektiv über den Einzelnen stellt.

Indem wir der Toten gedenken, tun wir zuerst nur das. Aber wir vergewissern uns auch unserer selbst. Artikel 1 des Grundgesetzes wurde nicht für Nachbarschaftsstreitigkeiten geschrieben. Er handelt auch von Auschwitz. Unser Föderalismus, unsere Gewaltenteilung, unsere politische Kultur mit ihrer Skepsis gegenüber schneidigen Rednern und allem Militärischen, all das sind selbst Mahnmale, errichtet im Schatten von Diktatur und Mord. Nur wer gedenkt, kann als Staatsbürger ihre Bedeutung verstehen und sie wertschätzen.

Justus Bender ist Redakteur in der Politik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auschwitz-wir-duerfen-nicht-aufhoeren-zu-gedenken-16600857.html?premium>

Aktualisiert am 27. 01. 2020

Hinweis für Lehrkräfte 3

Anmerkungen zum Arbeitsblatt – Begriffserläuterungen

Sonderkommando: Das sogenannte Sonderkommando des KZ Auschwitz-Birkenau bestand aus jüdischen Häftlingen des Vernichtungslagers, die dazu gezwungen wurden, die Ermordung von Deportierten vorzubereiten, sie auszuplündern und ihre Leichen anschließend in den Krematorien zu verbrennen.

Rote Armee: Die Rote Armee, vollständig Rote-Arbeiter- und-Bauern-Armee, war die Bezeichnung für das Heer und die Luftstreitkräfte Sowjetrusslands und ab 1922 der Sowjetunion. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte sie seit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee das größte deutsche Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Artikel 1 des Grundgesetzes: Der Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 garantiert die Unantastbarkeit der Menschenwürde als höchsten Wert der Verfassung. Wörtlich lautet er: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die Gewährleistung der Menschenwürde an erster Stelle in die Verfassung einzuschreiben war eine unmittelbare Reaktion auf die massive Missachtung und Verletzung

der Menschenwürde durch den NS-Staat. Artikel 1 wird von der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes geschützt, das heißt, der Gesetzgeber darf ihn weder ändern, noch abschaffen.

„Vogelschiss“: Alexander Gauland, AfD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Ehrenvorsitzender seiner Partei, sagte Anfang Juni 2018 in einer Rede vor dem Parteinachwuchs „Junge Alternative“: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“ Später bezeichnete Gauland diese Äußerung als „missdeutbar und damit politisch unklug“.

Schuldskult: Der Begriff „Schuldskult“ wird bereits seit Jahrzehnten von Neonazis und Vertretern rechtsextremer Parteien, in jüngeren Jahren verstärkt von Mitgliedern der Partei AfD genutzt. So sagte etwa der AfD-Politiker Jens Maier 2017 in einer Rede wörtlich „Ich erkläre hiermit diesen Schuldskult für endgültig beendet.“ Der Begriff dient der Abwehr, Relativierung und Verharmlosung deutscher Verantwortung für die NS-Verbrechen und unterstellt der Gedenkkultur an den Holocaust, sie bürde den Deutschen eine Kollektivschuld auf.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitstext 4

„Die Art und Schärfe der Auseinandersetzung besorgen mich zutiefst“

Von Eckart Lohse und Markus Wehner

Auszug aus einem Interview mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier:

Die AfD fordert eine Wende in der Erinnerungskultur, der AfD-Politiker Björn Höcke hat das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden als „Denkmal der Schande“ bezeichnet. Wie weit tragen solche Äußerungen die zum Teil ja große Zustimmung zu der Partei?

Frank-Walter Steinmeier: Ich persönlich schäme mich für derartige Äußerungen. Ich schäme mich ebenso für verharmlosende Begriffe, die jüngst für die Zeit des Nationalsozialismus von deutschen Politikern verwendet wurden. Die Verhöhnung der Opfer, die darin zum Ausdruck kommt, ist unerträglich. Ich habe den Eindruck, dass alle, die so reden, gar nicht wissen, wie viel Aner-

kennung und Reputation, die Deutschland in Jahrzehnten bei seinen Nachbarn aufgebaut hat, dadurch zerstört wird. Und wir sollten auch heute nicht vergessen: Das verantwortungslose Wort kann auch zur verantwortungslosen Tat führen. Das wissen gerade wir Deutsche gut. Ich bin mir gleichwohl sicher, dass die ganz große Mehrheit der Deutschen diesen Versuch, die Zeit des Nationalsozialismus aus unserer Geschichte auszulöschen oder zu relativieren, nicht unterstützt.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundespraesident-steinmeier-mich-besorgt-das-zutiefst-15664531.html?premium>

Aktualisiert am 28. 06. 2018

Hinweis für Lehrkräfte 4

Anmerkungen zum Arbeitsblatt – Begriffserläuterungen

„Denkmal der Schande“:

Zitat aus einer Dresdner Rede von Björn Höcke im Januar 2017. Darin sagte der Thüringer Fraktionsvorsitzende der AfD über das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas: „... wir Deutschen, also unser Volk, sind das

einzigste Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Die Erinnerungskultur seit 1945 sei eine „dämliche Bewältigungspolitik“ und Deutschland müsse eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ vollziehen.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitsblatt 3/4

Aufgabe 1

Fassen Sie die zentralen Aussagen der beiden Texte zusammen, und gehen Sie dabei insbesondere darauf ein, mit welchen Begründungen der Autor (Arbeitstext 3) bzw. der Interviewte (Arbeitstext 4) die Zitate der AfD-Politiker als geschichtsrevisionistisch bewerten.

Aufgabe 2

Nehmen Sie Stellung zu der Aussage des Autors (Arbeitstext 3), dass wir nicht aufhören dürfen zu gedenken, und erörtern Sie, was für Sie persönlich eine gelungene Erinnerungskultur ausmacht.

Aufgabe 3

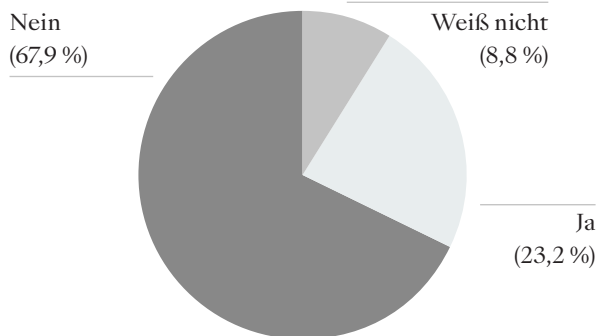
Sammeln Sie: welche Erfahrungsberichte (Bücher, Filme, Interviews, persönliche Begegnungen, etc.) von Überlebenden des Nationalsozialismus kennen Sie? Notieren Sie in Stichworten, inwiefern diese Berichte Ihren Blick auf Vergangenheit/Gegenwart unserer Gesellschaft geprägt oder verändert haben.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

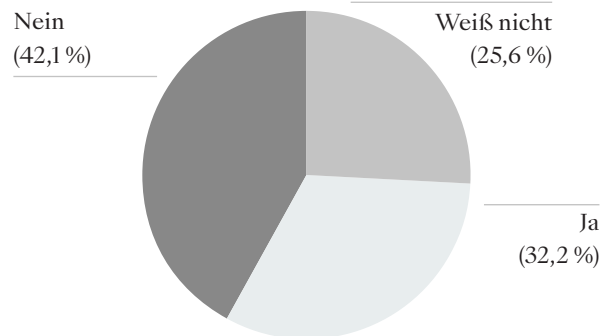
Arbeitstext 5

Alles Opfer, keine Täter? Was die Deutschen glauben, wie sich ihre Vorfahren im Nationalsozialismus verhalten haben¹

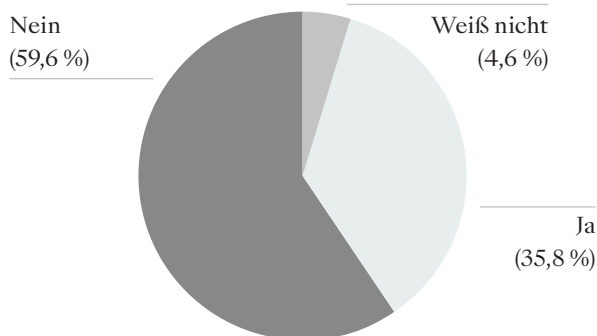
Waren Vorfahren von Ihnen unter den Tätern während der Zeit des Nationalsozialismus?



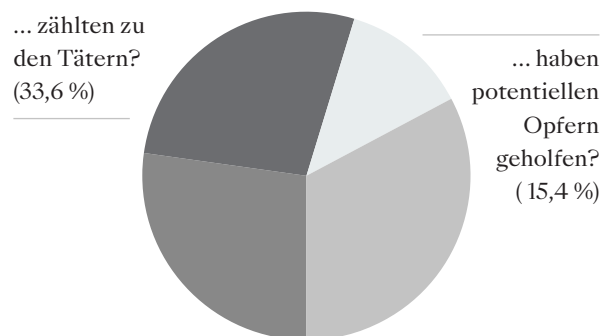
Haben Vorfahren von Ihnen während der Zeit des Nationalsozialismus potentiellen Opfern geholfen?



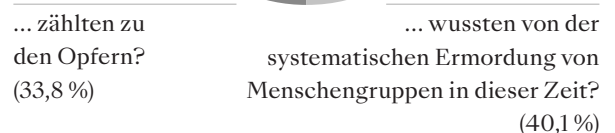
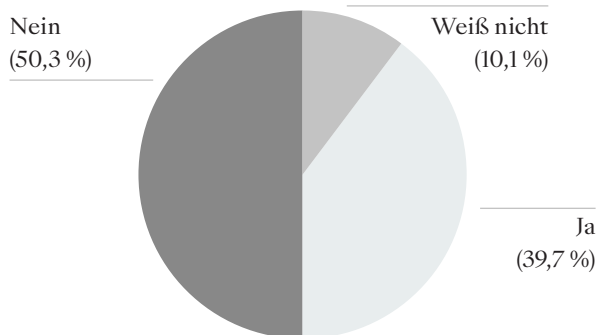
Waren Vorfahren von Ihnen unter den Opfern während der Zeit des Nationalsozialismus?



Was schätzen Sie: wie viel Prozent der deutschen Bevölkerung während der Zeit des Nationalsozialismus² ...



Würden Sie sagen, dass Vorfahren von Ihnen „Mitläufer“ in der Zeit des Nationalsozialismus waren?



¹Quelle: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ): MEMO – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor, Studie III/2020 – https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf (Letzter Aufruf: 9.12.2020)

²Prozentzahlen sind Durchschnittswerte der Angaben aller Befragten

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitsblatt 5

Aufgabe 1

Betrachten Sie die vorliegenden Zahlen, und notieren Sie in Stichworten: was fällt Ihnen auf?

Aufgabe 2

Recherchieren Sie Zahlen zu Opfern und Tätern des Nationalsozialismus, NSDAP- und SS-Mitgliedern sowie zur Zahl der Konzentrations- und Vernichtungslager, und notieren Sie die Quellen. Vergleichen Sie Ihre Funde mit den vorliegenden Umfrage-Aussagen, und beschreiben Sie, was Ihnen dabei auffällt.

Aufgabe 3

Nehmen Sie persönlich Stellung, inwieweit Sie sich innerhalb Ihrer Familie bereits mit der NS-Vergangenheit und möglichen familiären Bezügen dazu beschäftigt bzw. warum Sie dies nicht getan haben. Fassen Sie dabei Ihre Gedanken in Worte, inwiefern die individuelle familiäre Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit für Sie eine Rolle für die gesamtgesellschaftliche Erinnerungskultur spielt.

Anmerkung an die Lehrkräfte: Schüler*innen sollten nicht dazu gedrängt werden, die sehr persönlichen Antworten auf diese Aufgabe vor der ganzen Klasse vorzutragen.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitstext 6

DIE AFD UND DER 9. NOVEMBER

Rechtes Regiebuch

Die Forderung der hessischen AfD-Fraktion nach einem neuen Feiertag am 9. November
Von Ewald Hetrodt

Kurz vor dem Tag der Deutschen Einheit 2020 schlug die AfD für das Bundesland Hessen einen weiteren gesetzlichen Feiertag vor. Der 3. Oktober habe keine Symbolkraft, meinte Frank Grobe, promovierter Historiker und Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Der Feiertag sei „krampfhaft und künstlich“. Sein Anlass, der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik, verdecke die Lebensleistung der Ostdeutschen.

Zu deren Würdigung sei der 9. November viel besser geeignet. An diesem Tag im Jahr 1989 hätten sich Deutsche aus Ost und West in ihrer Freude über den Fall der Mauer in den Armen gelegen. Das Unrechtsregime der DDR sei zusammengebrochen. Grobe führte aber nicht nur den Mauerfall ins Feld, sondern weitere Ereignisse in der deutschen Geschichte, die auf einen 9. November fielen, darunter die Pogromnacht im Jahr 1938. Der Gesetzentwurf der AfD beschreibt sie als „Zerstörung von Synagogen“. Das Ereignis demonstriere „in eindringlicher Form die grundsätzlich gegebene Gefährdung der rechtsstaatlichen Ordnung“. Zu diesem Zeitpunkt habe es schon lange keinen Rechtsstaat mehr gegeben, entgegnete der FDP-Abgeordnete Stefan Naas. Es sei auch keineswegs allein um die Zerstörung von Gotteshäusern gegangen.

„Der 9. November 1938 war der Auftakt zur systematischen Vernichtung des jüdischen Lebens in Deutschland“, stellte der Vorsitzende des Innenausschusses, Christian Heinz (CDU), klar. „Das war der Übergang zum industrialisierten Massenmord.“ Im Gegensatz zum 9. November sei der 3. Oktober, der bevorstehende Tag der Deutschen Einheit, ein unbelastetes, zum Feiern geeignetes Datum. Als die Entscheidung vor dreißig Jahren auf diesen Tag gefallen sei, hätten die verantwortlichen Politiker schon gewusst, warum.

Man wolle die Pogromnacht ja auch nicht feiern, so die AfD. Ganz bewusst sei in dem Gesetzentwurf ein „Feier- und Gedenktag“ vorgesehen. In der Vorlage heißt es, dass die unterschiedlichen Ereignisse die Spannbreite der „Deutschen Geschichte“ zeigten und einen prägenden Einfluss auf die „Identitätsbildung der heutigen Angehörigen unseres Volkes“ ausübten. „Sie setzen Ereignisse

in eins, die nicht vergleichbar sind“, hielt der Sozialdemokrat Gernot Grumbach der AfD vor. „Das ist eine Strategie aus dem Regiebuch für die Rechte in Deutschland.“

Eva Goldbach (Die Grünen) erinnerte an das Tagebuch des nationalsozialistischen Propagandaministers Joseph Goebbels. Er habe am Morgen des 9. November 1938 geschrieben: „Wenn man jetzt den Volkszorn einmal loslassen könnte.“ Wie der Abgeordnete Hermann Schaus (Die Linke), so verglich auch Goldbach die Relativierung der Pogromnacht in dem Antrag der hessischen AfD mit der Titulierung des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte durch den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Alexander Gauland.

Robert Lambrou, Fraktions- und Parteichef in Hessen, ist öffentlichen Debatten über die Zeit des Nationalsozialismus in der Vergangenheit gern aus dem Weg gegangen. Diese Strategie ist jetzt an ihr Ende gelangt. Mit ihrem Gesetzentwurf zum 9. November hat die hessische AfD den Anspruch aufgegeben, innerhalb der Partei eine moderate, „bürgerliche“ Kraft darzustellen.

Ewald Hetrodt ist Korrespondent der Rhein-Main-Zeitung in Wiesbaden.

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/die-hessen-afd-und-der-9-november-16979486.html>

Aktualisiert am 30. 09. 2020

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Arbeitsblatt 6

Auszug aus einer Pressemitteilung der Bildungsstätte Anne Frank

Vor der ersten Lesung im Hessischen Landtag am 30. September 2020 kritisiert die Bildungsstätte Anne Frank den Gesetzesvorschlag der Hessen-AfD, den 9. November zum landesweiten Gedenk- und Feiertag zu erklären. „Mit dem Gesetzesentwurf probt die AfD den geschichtsrevisionsistischen Angriff auf die Erinnerungskultur – das dürfen wir in Hessen nicht hinnehmen“, sagt Direktor Meron Mendel. „Indem die AfD den 9. November zum Feiertag erhebt, bittet sie zum Tanz auf den Gräbern der von den Nazis verfolgten und getöteten Jüdinnen und Juden.“ Mendel fordert die Parteien im Hessischen Landtag auf, dem Vorstoß der AfD entschieden entgegenzutreten und ein deutliches Signal gegen Geschichtsrevisionismus im Hessischen Landtag zu setzen.

Der 9. November ist der Jahrestag der Novemberpogrome, mit denen am 9. November 1938 die Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus einen ersten gewaltvollen Höhepunkt erlebte. Das Datum markiert einen Wendepunkt: von der antisemitischen Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus hin zur offenen Verfolgung.

Die AfD will nun am 9. November aber auch an andere Ereignisse erinnern, die in der deutschen Geschichte an diesem Tag stattgefunden haben – u. a. den Fall der Berliner Mauer 1989. „Indem sie den Beginn der Novemberpogrome als ein Ereignis unter vielen präsentiert, relativiert die AfD die Bedeutung, die der 9. November für die Schoah, also die systematische Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden, hatte“, erklärt Mendel.

(...) Der Geschichtsrevisionismus der AfD zeige sich nun also auch ganz offen im hessischen Parlament: Die historische Bedeutung des 9. Novembers für die Schoah unterschlage der AfD-Gesetzestext komplett. Mehr noch werde das Ereignis falsch skizziert, indem es „insbesondere die Zerstörung von Synagogen zum Inhalt“ gehabt haben solle, so das Papier im Wortlaut. „Angesichts von etwa 800 Jüdinnen und Juden, die während der staatlich organisierten Pogrome getötet wurden, ist dieser Fokus auf Sachschäden eine unerträgliche Verharmlosung“, kritisiert Mendel. (...)

Aufgabe 1

Fassen Sie die wichtigsten Aussagen der vorliegenden Texte zusammen, und gehen Sie dabei darauf ein, welche Kritikpunkte am Gesetzesentwurf der hessischen AfD-Fraktion geäußert werden.

Aufgabe 2

Recherchieren Sie im Internet, welche weiteren Versuche Landtags- oder Bundestagsfraktionen der AfD in der jüngeren Vergangenheit unternommen haben, Einfluss auf die Erinnerungskultur zu nehmen, etwa in Form von Gesetzesentwürfen oder parlamentarischen Anfragen zu Gedenk- und Feiertagen oder Gedenkstätten. Was fällt Ihnen auf? Analysieren Sie.

Geschichtsrevisionismus in Zeiten der Corona-Pandemie

Arbeitstext 7

(AUSZUG)

„Die Bewegung wird immer aggressiver“

Querdenker protestieren in deutschen Großstädten.

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, warnt, dass die Bewegung sich weiter radikalisiert.

Herr Mendel, warum bereiten Ihnen die Protestzüge der Querdenker Sorgen?

Ich verfolge diese Szene schon länger und beobachte dabei zwei gefährliche Entwicklungen. Einmal erkennt man, dass die Bewegung, wie es auch die Demonstration am vergangenen Samstag in Leipzig gezeigt hat, immer aggressiver und gewalttätiger wird. Sehr bedenklich ist aber auch, dass innerhalb der Querdenker immer mehr antisemitische Klischees und Verschwörungstheorien grassieren.

Woran erkennen Sie das?

Ein Beispiel: Ich habe mir in Darmstadt eine Kundgebung der Querdenker angesehen, dort gab es mehrere Demonstranten, die sogenannte Judensterne getragen haben. Und es gab auch ein Bild von Anne Frank mit dem Satz: Anne Frank würde heute mit uns laufen. Die Opfer des Holocausts werden von dieser Bewegung instrumentalisiert. Ihr Leid wird kleingeredet, der Holocaust relativiert. Auch der Glaube, Juden würden hinter der Pandemie stecken, ist in der Bewegung sehr verbreitet. Krude Mythen, die Juden wie George Soros oder die Rothschilds als Drahtzieher der Pandemie verunglimpfen, sind dort leider keine Seltenheit.

Was ist der Grund, dass diese Stereotypen noch immer verfangen?

Antisemitische Denkmuster verstärken sich in Krisenzeiten, sie liefern einfache Antworten in Momenten der Verunsicherung. Das war auch bei früheren Pandemien, bei der Pest im Mittelalter oder bei der Spanischen Grippe, der Fall. Hinter der Bedrohung wird eine dunkle Macht vermutet, dafür müssen dann allzu häufig Juden und Jüdinnen herhalten. Ihnen wird in solchen Situationen ein besonderer Einfluss und Macht zugesprochen. Bei Menschen, die an Verschwörungen wie den QAnon-Mythos oder an die Gefahr einer Zwangsimpfung glauben, ist ein solcher Irrglauben enorm ausgeprägt.

Was hilft, um die Verbreitung von Verschwörungstheorien und Antisemitismus zu bekämpfen?

Als Pädagoge fällt meine Antwort darauf eindeutig aus: Aufklärung und Bildung. Das ist zwar ein mühsamer Weg, aber am Ende können wir doch viel erreichen. Wir werden vermutlich nicht dafür sorgen, dass solche Mythen vollkommen verschwinden, aber wir können doch vieles tun, dass immer weniger Menschen an sie glauben. Wichtig ist es, damit früh anzufangen. Deshalb haben wir in der Bildungsstätte gerade ein Computerspiel gegen Verschwörungstheorien entwickelt, das wir in die Schulen bringen werden. Dieses Spiel haben wir mit professionellen Gamern konzipiert. Wenn man mit so etwas Erfolg haben will, muss man auch dafür sorgen, dass es Spaß macht.

Die Fragen stellte Alexander Jürgs.

Rhein-Main-Zeitung der F.A.Z., 13. 11. 2020:

<https://zeitung.faz.net/faz/rhein-main/2020-11-13/die-bewegung-wird-immer-aggressiver/531583.html>

Geschichtsrevisionismus in Zeiten der Corona-Pandemie

Arbeitstext 8

Geschichtsrevisionistische Anne Frank-Vergleiche

Social-Media-Post der Bildungsstätte Anne Frank aus dem Herbst 2020

„Ich fühlte mich wie bei Anne Frank im Hinterhaus, wo man mucksmäuschenstill sein musste, um nicht erwischt zu werden.“ Die Teilnehmer*innen der „Querdenken“-Demo in Karlsruhe am 14. November 2020 applaudieren einem 11-jährigen Mädchen, das mit diesen Worten auf der Bühne beschreibt, wie es sich angefühlt habe, ihre Geburtstagsfeier unter Pandemiebedingungen ausrichten zu müssen. Vor dem Mädchen kritisierte ihre Mutter die Maßnahmen zum Infektionsschutz und kündigte an, ihren Sohn nicht mehr zur Grundschule schicken zu wollen, sollte dort eine Maskenpflicht eingeführt werden.

Der geschichtsrevisionistische Vergleich der pandemiebedingten Hygienemaßnahmen mit der Situation von Jüdinnen und Juden zur Zeit des Nationalsozialismus, ist eine beliebte Erzählung auf den „Querdenken“- bzw. „Hygiene“-Demos. In Stuttgart zum Beispiel verglich ein bekannter Verschwörungsideologe die Lage mit dem Jahr 1933 und zog Parallelen zu den nationalsozialistischen Rassegesetzen. In München wurde ein Schild mit der Aufschrift „Nie wieder Diktatur – Dr. Mengele“ gezeigt. Regelmäßig tragen Demonstrierende einen gelben „Judenstern“ mit der Aufschrift „ungeimpft“ und wollen damit aussagen: Impfgegner*innen würden heute genauso verfolgt wie Jüdinnen und Juden während des Holocausts. Indem sie sich selbst anstelle der Opfer setzen, relativieren sie das Leid, was diese erfahren haben.

Zudem wird immer wieder versucht, Anne Frank als Symbol zu vereinnahmen. Mit Slogans wie „Anne Frank wäre heute auf unserer Seite“ versucht die völkische Rechte sich selbst zum Widerstand gegen eine angebliche Diktatur zu stilisieren und gleichzeitig den Faschismusvorwurf vorwegzunehmen. Da man sich ja mit dem prominentesten Opfer des Holocaust identifizieren könnte, könne man ja selbst gar nicht mit dem Nationalsozialismus identifiziert sein. Statt die deutschen Verbrechen anzuerkennen, werden sie auf diese Weise aber instrumentalisiert. Während man behauptet, nichts mit dem deutschen Faschismus zu tun zu haben, zeugt die respektlose, höhnische Aneignung von einer Gefühllosigkeit gegenüber den Opfern, die vor allem eines deutlich zeigt: dass man aus der Geschichte rein gar nichts gelernt hat.

Geschichtsrevisionismus in Zeiten der Corona-Pandemie

Hinweis für Lehrkräfte 7/8

Anmerkungen zum Arbeitsblatt – Begriffserläuterungen

Querdenken/Querdenker: Name einer ursprünglich aus Stuttgart stammenden Initiative mit zahlreichen regionalen Ablegern, die während der Corona-Pandemie Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz anmeldete. Bei zahlreichen dieser Proteste kam es zu Verstößen gegen Versammlungsauflagen (z. B. Abstandhalten, Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes), sowie zu gewalttätigen Übergriffen gegen Journalist*innen, Gegendemonstrant*innen oder Sicherheitskräfte. Immer wieder äußerten Demonstrierende geschichtsrevisionistische oder antisemitische Vergleiche. Seit Dezember 2020 hat das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz Querdenken als rechts-extrem eingestuft und zum Beobachtungsfall erklärt.

George Soros: US-amerikanischer Finanzinvestor, der als Kind ungarisch-jüdischer Eltern den Holocaust überlebte. Mit seinem Vermögen unterstützt der Milliardär, u. a. über die Stiftung „Open Society Foundation“, Bürgerrechtsbewegungen und Bildungseinrichtungen. In den vergangenen Jahren wurde er zum Feindbild der internationalen Rechten und zum Gegenstand antisemitischer Verschwörungsideologien, die im Zuge der Corona-Pandemie weiteren Auftrieb erhielten. Selbst der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán verbreitet das antisemitische Bild des jüdischen „Strippenziehers“, indem er behauptet, Soros finanziere mit seinen Milliarden eine angebliche muslimische Masseneinwanderung nach Europa.

QAnon: Eine aus den USA stammende rechtsextreme Verschwörungsbewegung, die während der Corona-Pandemie auch in Deutschland verstärkt Zulauf findet – ihr Name bezieht sich auf eine anonyme (anon) bleibende Figur oder Gruppe namens Q., die der Bewegung mutmaßlich ihre Botschaften vorgibt. Im Kern behauptet QAnon völlig beleglos, es gäbe eine einflussreiche, weltweit agierende Elite, die Kinder entführe, sie foltere und ermorde, um aus ihrem Blut eine Verjüngungsdroge zu gewinnen. US-Präsident Donald Trump wird als Gegenkämpfer dieser Elite und ihres vorgeblichen „Deep State“ gezeichnet.

Anne Frank: 1929 in Frankfurt am Main geborenes jüdisches Mädchen, das mit seiner Familie in die Niederlande auswanderte, um der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu entgehen. Ab 1942 lebte die Familie mit weiteren Mitbewohner*innen in einem Hinterhaus-Versteck in Amsterdam, das im August 1944 von der Gestapo entdeckt wurde. Die Hinterhausbewohner*innen wurden in Konzentrationslager deportiert. Anne und ihre Schwester Margot starben im März/April 1945 an den absichtsvoll herbeigeführten, katastrophalen hygienischen Zuständen im KZ Bergen-Belsen, ihre Mutter Edith wurde in Auschwitz ermordet. Der Vater Otto Frank überlebte als Einziger der Familie den Holocaust und veröffentlichte nach dem Kriegsende das Tagebuch, das seine Tochter Anne im Hinterhaus geführt hatte und das sie nach ihrem Tod weltberühmt machte.

Im interaktiven Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr“ der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt lässt sich mehr über die Geschichte von Anne Frank und ihrem Tagebuch erfahren: www.bs-anne-frank.de

Geschichtsrevisionismus in Zeiten der Corona-Pandemie



Arbeitsblatt 7/8

Aufgabe 1

Notieren Sie in Stichworten: Welche Beispiele für geschichtsrevisionistische, antisemitische und verschwörungs-ideologische Motive und Äußerungen bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen werden im Interview (Arbeitstext 7) und Social-Media-Post (Arbeitstext 8) genannt?

Aufgabe 2

Analysieren Sie, auf welche Weise im Interview und Social-Media-Kommentar Vorfälle wie die Anne-Frank-Vergleiche als geschichtsrevisionistisch bewertet werden, und formulieren Sie Ihre eigene Haltung zu den genannten Beispielen.

Aufgabe 3

Sammeln Sie gemeinsam Beispiele für Kritik an den Corona-Maßnahmen, die Ihnen in Ihrem Umfeld, den Medien oder sozialen Netzwerken begegnet sind. Können Sie geschichtsrevisionistische oder antisemitisch-verschwörungs-ideologische Elemente darin erkennen? Recherchieren und diskutieren Sie Möglichkeiten, wie man entsprechenden Äußerungen entgegentreten kann.

Umgang mit Geschichtsrevisionismus im Internet

Arbeitstext 9

Frau Goldschmidts Sieg gegen Holocaust-Leugner auf Facebook

Von Theresa Weiß

Facebook löscht künftig alle Beiträge, die den Holocaust leugnen. Für Aviva Goldschmidt ist das etwas Persönliches: Die Holocaust-Überlebende hatte sich zuvor gemeinsam mit anderen Zeitzeugen an Mark Zuckerberg gewandt.

Als Aviva Goldschmidt den Hörer abnimmt, kann sie es kaum glauben. Facebook hat seine Community-Richtlinien geändert. Was zunächst nicht gerade weltbewegend, sondern eher nach einer dieser langen Mails klingt, an deren Ende der Leser ein Häkchen setzt und sich nicht ganz sicher ist, welchen neuen Geschäftsbedingungen er jetzt eigentlich genau zugestimmt hat, ist für Aviva Goldschmidt ein „toller Erfolg“. Denn seit Montag löscht Facebook alle Einträge, die den Holocaust leugnen oder kleinreden – auf der ganzen Welt, nicht nur in Ländern, wo die Leugnung des Holocausts ohnehin strafbar ist. Seitdem ist das Leugnen der Verbrechen der Nationalsozialisten nach den Standards der Plattform Hassrede.

Für Aviva Goldschmidt ist das etwas Persönliches. Denn Goldschmidt, geboren 1938 als Kind einer jüdischen Familie in Boryslaw im damaligen Polen, heute Ukraine, hat den Holocaust überlebt. Wenn ihr jemand das Leid abspricht, das sie erfahren hat, dann findet sie das verwerflich. Ihr Bruder wurde von Nationalsozialisten ermordet. Ihr Vater, nach schwerer Zwangsarbeit, deportiert und ebenfalls ermordet. Und Aviva selbst lebte als Kind jahrelang versteckt hinter Schränken, unter Treppen, im Wald, um den Nazi-Häschern zu entgehen, die nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 jüdische Menschen verschleppten und ermordeten. Als Goldschmidt befreit wurde, konnte sie nur noch flüstern. So sehr hatte sie verinnerlicht, dass ein einziges Wort, nur ein Laut, ihren Tod bedeuten könnte.

Eine Videobotschaft an Mark Zuckerberg

Aber sie hat ihre Stimme wiedergefunden. Seit Jahren wirkt sie als Zeitzeugin; nach dem Krieg emigrierte sie zunächst nach Israel, lernte dort ihren Mann kennen, einen deutschen Juden, und zog schließlich mit ihm nach Frankfurt. In der dortigen Gemeinde engagierte sie sich 60 Jahre lang. Bis vor einem Jahr war sie im Gemeinderat.

Dann zog sie sich zurück, „irgendwann ist Schluss, da müssen die Jüngeren ran“.

Doch vergangene Woche entschied sie sich, doch noch einmal laut zu werden. Goldschmidt produzierte mit ihrer Tochter eine kurze Videobotschaft an Mark Zuckerberg, den Gründer von Facebook. Darin forderte sie ihn eindringlich auf, Holocaust-Leugnung auf seiner Plattform zu entfernen. Die Jewish Claims Conference, die sich für die Entschädigung von Holocaust-Opfern einsetzt, lud es auf ihrer Facebook-Seite hoch. Goldschmidt arbeitet schon länger eng mit der Organisation zusammen, wirkt über sie als Vermittlerin und Zeitzeugin. Auf der Facebook-Seite steht die Botschaft nun unter dem Hashtag #NoDenyingIt in einer Reihe mit Videos von anderen Überlebenden. Sie alle richten sich direkt an Zuckerberg, der in der Vergangenheit gesagt hatte, dass er nicht glaube, dass Holocaust-Leugner „es mit Absicht falsch machen“.

Die Lebensgeschichten, die dort erzählt werden, ähneln sich öfter mal, aber zeigen gerade dadurch das unglaubliche Ausmaß der Verbrechen der Nazis. Da spricht etwa Serge Klarsfeld aus Nizza, dessen Vater verschleppt und in Auschwitz ermordet wurde, nachdem er seine Familie noch in einem doppelwandigen Schrank versteckt hatte. „Er hat sich für uns geopfert.“ Ähnlich erging es Eva Schloss, die in Großbritannien lebt. Sie und ihre gesamte Familie wurden nach Auschwitz deportiert; es überlebten nur ihre Mutter und sie.

Ein Weltkonzern entscheidet, umzudenken

Goldschmidt ist schon klar, dass Facebook nicht nur aufgrund ihres Videos entschieden hat, Beiträge, die den Holocaust leugnen, von der Plattform zu entfernen. Immerhin lief die Aktion mit den Videos seit 75 Tagen, jeden Tag kam ein neues hinzu, und damit ist es eher ein später Erfolg. Doch Goldschmidt klingt trotzdem ein bisschen stolz, als sie hört, dass sich ein Weltkonzern entschieden hat, umzudenken. Sie sei froh, dabei gewesen zu sein. „Es zeigt, dass es etwas bringt, wenn die Öffentlichkeit sich engagiert.“

Facebook nennt wenig konkrete Gründe für das Update der Richtlinien. „Das beruht auf vielen Gesprächen, wir haben die Stimmen gehört“, sagt eine für Deutschland zuständige Sprecherin des Unternehmens. Immerhin nannte Zuckerberg in dem Post, mit dem er seine Entscheidung veröffentlichte, eine Begründung: Er habe es schwer gefunden, die Balance zu finden zwischen freier Meinungsäußerung und dem Schmerz, den Holocaust-Leugnung auslösen kann – doch seit er Daten gesehen habe, die eine Steigerung antisemitischer Gewalt aufzeigten, müsse er eine klare Linie ziehen.

Im offiziellen Pressestatement des Unternehmens wird ebenfalls auf eine Studie verwiesen: Demnach glaube ein Viertel der Befragten in den Vereinigten Staaten zwischen 18 und 39 Jahren, dass der Holocaust ein Mythos sei. Die Quelle wird nicht erwähnt, doch es handelt sich um eine Studie der Claims Conference, die im September veröffentlicht wurde. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind frappierend: So gab fast jeder fünfte Bewohner des Staats New York an, der Holocaust sei von Juden verursacht worden. Etwa die Hälfte hat Holocaust-Leugnung selbst erlebt. Und mehr als die Hälfte der Befragten in Kalifornien wussten nicht, was Auschwitz war.

Ein guter Grund, sich aus dem Ruhestand zu melden

Die Claims Conference zeigt sich erfreut über den Richtungswechsel bei Facebook. Rüdiger Mahlo, Repräsentant der Claims Conference in Deutschland, sagt: „Facebook hat die Botschaft der Überlebenden gehört und endlich die richtige Entscheidung getroffen, die dazu beiträgt, dass das Leid und die Verfolgung Zehntausender jüdischer Überlebender anerkannt und respektiert werden.“ Vom Hauptquartier der Claims Conference in New York ist zu hören, dass man froh sei, diese „ersten Schritte“ von Facebook als Reaktion auf den „beunruhigenden Trend“ des Antisemitismus zu sehen. Facebook habe extreme Macht, Meinungen zu beeinflussen. Dass es sie nun nutze, um gegen den wachsenden Judenhass und Holocaust-Leugner vorzugehen, sei der richtige Schritt.

Aviva Goldschmidt sieht das genauso. „Mir war das sehr wichtig“, sagt sie, ein guter Grund, sich aus dem Ruhestand zu melden. Sie ist überzeugt: Es hat sich gelohnt, noch einmal ihre Stimme zu erheben.

Theresa Weiß ist Redakteurin in der Rhein-Main-Redaktion der F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/facebook-aendert-richtlinien-zu-holocaust-leugnern-das-sagt-eine-zeitzeugin-16999718.html>

Aktualisiert am 13. 10. 2020

Umgang mit Geschichtsrevisionismus im Internet

Arbeitsblatt 9

Aufgabe 1

Fassen Sie die zentralen Aussagen des vorliegenden Textes zusammen. Gehen Sie dabei insbesondere darauf ein, welche Änderungen Facebook vorgenommen hat und wie die Holocaust-Überlebende Aviva Goldschmidt diesen Schritt bewertet.

Aufgabe 2

Recherchieren Sie, welche deutschen Gesetzestexte die Leugnung des Holocausts unter Strafe stellen, und finden Sie Beispiele von Gerichtsurteilen zu Holocaust-Leugnung in Deutschland. Notieren Sie, welche Äußerungen/Handlungen als strafbar gewertet werden und welches Strafmaß darauf steht.

Umgang mit Geschichtsrevisionismus im Internet

Arbeitstext 10

Eloquente Feindlichkeit

Historische Hassrede auf Twitter & Co: Empfehlungen zum Umgang mit Online-Geschichtsrevisionismus

Von Oliver Saal

Hate Speech ist gewalttätige Sprache. Sie kann Angriffe, Beschimpfungen und Hass enthalten – oder ganz subtile Abwertungen. In jedem Fall werden durch Hate Speech Gruppen von Menschen beleidigt oder verleumdet – es handelt sich also um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Hate Speech liegt auch vor, wenn Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit die Gleichwertigkeit oder die gleichen Rechte abgesprochen werden – schlimmstenfalls das Recht, zu leben (oder immer öfter: in Deutschland zu leben).

Auch Geschichte, also die Aspekte der Vergangenheit, derer Menschen gedenken, wird instrumentalisiert, um Gruppen abzuwerten. Historische Lügen, Verfälschungen, Vereinfachungen und Relativierungen beziehen sich in Deutschland besonders häufig auf den Nationalsozialismus und den untrennbar damit verbundenen Zivilisationsbruch Holocaust – und sind damit antisemitisch. Dazu zählt die offene Leugnung des Holocausts, die vor allem von offen rechtsextremen Antisemit*innen betrieben wird. Die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel weist in ihrer 2019 erschienenen Studie nach,

dass Judenhass im Internet in den vergangenen zehn Jahren erheblich zugenommen hat. Viele der von ihr angeführten und typisierten antisemitischen Aussagen relativieren den Holocaust, etwa indem israelische Politik mit der Vernichtungspolitik der Nazis verglichen oder behauptet wird, Israel habe – im Unterschied zu Deutschland – aus der Geschichte nicht gelernt. „Hass“ legt als Begriff nahe, bei Hate Speech würde es sich um ein irrationales Gefühl handeln, das ausschließlich im Unbewussten entsteht. Historische Hassrede dagegen ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Menschenverachtung hinter Hassrede nicht immer durch Beleidigungen oder Irrationalität ihren Ausdruck findet. Hassrede kann vielmehr auch eloquent und sachlich formuliert sowie scheinbar logisch argumentiert daherkommen – und dennoch zutiefst feindselig gemeint sein. Was die deutsche Geschichte tatsächlich zeigt: Hassrede kann die Grundlage für Gewalt und Verfolgung einer ganzen Menschengruppe sein. Die folgenden Punkte sollen deshalb Umgangsstrategien mit historisch begründeter Hate Speech in sozialen Netzwerken aufzeigen.

1. Strafrechtlich relevante Hate Speech

Über strafrechtlich relevante Äußerungen, Bilder und Posts müssen Sie nicht diskutieren. Stattdessen sollten Sie den entsprechenden Post oder Kommentar dem sozialen Netzwerk melden sowie zur Anzeige bringen, zum Beispiel über die Formulare der Online-Wachen der Bundesländer*. Natürlich können Sie als juristischer Laie nicht sicher beurteilen, ob ein Post strafrechtlich relevant ist. Weil Strafanzeigen aber auch online mit wenigen Klicks gestellt werden können, sollten Sie den Aufwand nicht scheuen. Strafverfahren machen aus Geschichtsrevisionist*innen natürlich keine überzeugten Demokrat*innen – aber dadurch werden die besonders radikalen Hassredner*innen in ihre Schranken verwiesen,

und ihnen wird der Raum zur öffentlichen Artikulation von Menschenfeindlichkeit genommen.

So ist beispielsweise jede öffentliche Leugnung des Holocausts eine Straftat und sollte zur Anzeige gebracht werden. Das schließt nicht nur die direkte Verleugnung („Das hat es nicht gegeben“) ein, sondern auch Verharmlosungen („Das können gar nicht sechs Millionen gewesen sein“). Relativierungen hingegen, wenn beispielsweise Auschwitz mit der Bombardierung deutscher Städte verglichen wird („Bombenholocaust“), sind zwar niederträchtig, aber mehrere deutsche Gerichte sahen hier in der Vergangenheit keine strafbare Aussage vorliegen.

* https://www.bka.de/DE/KontaktAufnehmen/Onlinewachen/onlinewachen_node.html

Hinweise für eine korrekte Beweissicherung

- Zusammenhang mitdenken: Oft ergibt sich die Schwere einer Aussage erst aus vorangegangenen Kommentaren oder dem Ursprungspost, auf den reagiert wird – mit abbilden, wenn nötig.
- Screenshot mit Zeitstempel (d. h. den kompletten Bildschirm fotografieren, so dass der Screenshot auch eine Uhrzeitanzeige enthält) oder ein PDF erstellen.
- URL des verfassenden Profils anhängen und abfotografieren.
- Eigene Identität schützen: Das eigene Profilbild und den Profil-Namen auf den Screenshots unkenntlich machen.

Klassische Straftatbestände im Zusammenhang mit Hasskommentaren sind:

- § 185 Beleidigung
- § 130 Volksverhetzung
- § 130 Abs. 3 Holocaust-Leugnung
- § 240 Nötigung und § 241 Bedrohung
- § 186 Üble Nachrede
- § 187 Verleumdung
- § 111 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten

Wenn Sie unsicher sind, ob ein Beitrag strafbar ist, senden Sie den Post an spezialisierte Meldestellen. Hier ordnen Jurist*innen die Posts ein und übernehmen gegebenenfalls rechtliche Schritte:

- www.internet-beschwerdestelle.de
- www.hass-im-netz.info
- www.demokratiezentrum-bw.de
- www.jugendschutz.net/hotline
- www.hassmelden.de
- www.hessenschauthin.de

2. Aussagen, die erlaubt sind – aber dennoch menschenfeindlich

Die Meinungsfreiheit schließt auch sehr viele geschichtsrevisionsistische, antisemitische, rassistische, islamfeindliche, sexistische Äußerungen ein – es liegt in diesen Fällen an der Zivilgesellschaft, zu widersprechen.

Dabei ist es sehr unwahrscheinlich, dass Sie in einer Online-Diskussion zum Beispiel überzeugten Antisemit*innen erfolgreich die Irrtümer ihres Weltbildes aufzeigen. Stattdessen sollten Sie bei Diskussionen in der Öffentlichkeit des Internets zwei strategische Ziele verfolgen: Erstens, den vielen Mitlesenden Gegenargumente zugänglich machen. Zweitens, betroffene Gruppen und Einzelpersonen vor weiteren Anfeindungen schützen. Diese strategische Ausrichtung hat Konsequenzen auf die Art, wie Sie in sozialen Netzwerken erfolgreich diskutieren können:

- Schützen Sie Ihr Profil, so dass Unbekannte möglichst wenige private Informationen sehen können.
- Schweigen Sie nicht, wenn Sie eine Aussage stört. Benennen Sie, was Sie stört. Wenn sich eine*r traut, trauen sich oft auch andere.
- Bleiben Sie sachlich.
- Wenden Sie sich direkt an die Mitlesenden und aktivieren Sie sie: „Bin ich die Einzige, die das stört?“
- Helfen Sie Betroffenen, seien Sie solidarisch.
- Sie müssen nicht ewig diskutieren. Machen Sie Ihr Argument, positionieren Sie sich, und beenden Sie das Gespräch, wann immer Sie möchten.

Einige typische geschichtsrevisionistische Strategien

Eine klassische Strategie im Umgang mit Hassredner*innen ist es, nach Quellen für aufgestellte Behauptungen zu fragen. Diese Strategie gelangt im Umgang mit geschichtsrevisionistischen Gegenübern schnell an ihre Grenzen: Sie sind häufig sehr belesen, argumentieren eloquent und scheinbar logisch. Sie werden keine Schwierigkeiten haben, vermeintliche Quellen für ihre Behauptungen aufzuzeigen – wenn auch von tendenziösen Seiten. Anstatt sich daher sofort auf eine Diskussion über die Faktizität bestimmter Aussagen einzulassen, überlegen Sie: Was wird gesagt? Warum wird es gesagt? Welche Strategie wendet Ihr Gegenüber an? Benennen Sie anschließend die Strategie, und zeigen Sie auf, warum es sich dabei um menschen- oder demokratiefeindliche Aussagen handelt.

Täter-Opfer-Umkehr

Eine wesentliche Strategie rechtsextremer und neuer rechter Gruppen besteht darin zu behaupten, sie würden benachteiligt, ausgegrenzt und seien Opfer eines Meinungsdiktats. Dabei schrecken sie auch nicht davor zurück, ihre Rolle mit der Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus auf eine Stufe zu stellen. Das stellt gleich eine mehrfache Umkehrung der Tatsachen dar: Sie erklären sich zu Opfern – dabei werden sie von der Öffentlichkeit nur an ihren Taten und Aussagen gemessen. Sie relativieren mit solchen Vergleichen die Verbrechen der Nationalsozialist*innen, und sie wiederholen die antisemitische Botschaft von den vermeintlich gesteuerten Medien.

Mögliche Antwort: „Das ist eine Verharmlosung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, die in der Geschichte der Menschheit einzigartig waren.“

Tabubrecher-Rhetorik

Geschichtsrevisionist*innen bedienen sich häufig einer Tabubrecher-Rhetorik, nach der gewisse Wahrheiten, insbesondere in Bezug auf den Nationalsozialismus, Jüdinnen und Juden oder Israel, nicht ausgesprochen werden dürften.

Mögliche Antwort: „Sie dürfen alles sagen, sofern es nicht gegen das Strafrecht verstößt. Aber Sie müssen auch damit leben, wenn Menschen Ihnen widersprechen.“

Schuld- und Erinnerungsabwehr

Gemeint ist die starke Abwehrreaktion auf erinnerungskulturelle Praktiken und Handlungsmaximen: „Wir haben mit dem, was vor 70 Jahren passiert ist, nichts zu tun.“ Die Nutzer*innen behaupten eine kollektive Haftung, die bis heute greifen würde. Sie lehnen jegliche Verknüpfung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ab, und sei es auch nur durch die deutsche Geschichte.

Mögliche Antwort: „Sie trifft persönlich keine Schuld, aber wir sind alle dafür verantwortlich, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt.“

Antisemitismus-Abwehr

Offene Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden ist in der deutschen Gesellschaft nach 1945 verpönt. Antisemitische Gedanken werden daher oft über den Umweg des Antizionismus formuliert. Während klassisch rechtsextreme Gruppen zum größten Teil einen offenen Antisemitismus pflegen, sind sich neurechte, aber auch linke und liberale Antisemit*innen dessen bewusst und versuchen, ihre Aussagen schon vorab als nicht-antisemitisch zu markieren und somit antizipierter Kritik vorzubeugen: „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“; „Ich bin kein Antisemit, ich äußere nur berechtigte Kritik.“

Mögliche Antwort: „Eine antisemitische Aussage bleibt antisemitisch, auch wenn Sie das hier umzudeuten versuchen.“

Oliver Saal ist Historiker und arbeitet seit 2017 für die Amadeu Antonio Stiftung – zuerst als Social-Media-Redakteur und inzwischen als Referent für digitale Themen.

Der Text ist in der vorliegenden Fassung bereits im Themenheft „Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus“ (2020) der Bildungsstätte Anne Frank erschienen

Umgang mit Geschichtsrevisionismus im Internet

Arbeitsblatt 10

Aufgabe 1

Fassen Sie zusammen, welche Formen von revisionistischer Hate Speech der Autor in seinem Text auflistet und nach welchen Kriterien er sie unterscheidet. Gehen Sie dabei insbesondere auch auf gängige geschichtsrevisionistische Argumentationsmuster ein.

Aufgabe 2

Recherchieren Sie, welche Möglichkeiten Soziale Netzwerke (z. B. Instagram, Facebook, Twitter, TikTok) bieten, um problematische Inhalte zu melden, und welche Kritik daran z. B. in Medienberichten geäußert wird.

Aufgabe 3

- a.) Überlegen Sie gemeinsam, ob Sie im Internet schon einmal auf Äußerungen gestoßen sind, die den Holocaust verharmlosen, leugnen oder relativieren, und notieren Sie die gesammelten Beispiele.
- b.) Diskutieren Sie anhand der Handlungsstrategien des vorliegenden Textes, wie Sie darauf reagieren können und warum es wichtig ist, (revisionistischer) Hate Speech entgegenzutreten.

Die Bildungsstätte Anne Frank

Die Bildungsstätte Anne Frank ist das Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel. Wir entwickeln innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. In unserer politischen Bildungsarbeit greifen wir aktuelle Diskurse und Konflikte auf – auch in Form digitaler Vermittlungsformate. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen.

Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ zeigt die Bildungsstätte Anne Frank wechselnde Sonderausstellungen in Frankfurt. Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ ist als Wanderausstellung seit 2014 auf Deutschland-Tour. Die Bildungsstätte Anne Frank fördert den Austausch zwischen Wissenschaft und Bildungspraxis, vernetzt verschiedene Gruppen und Communities vor Ort und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von Konferenzen und Fachtagen sowie öffentlichen (auch digitalen) Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

www.bs-anne-frank.de

Quellenangaben

Auschwitz morgen – Die Zukunft der Erinnerung. Von Navid Kermani. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/auschwitz-morgen-navid-kermani-ueber-die-zukunft-der-erinnerung-15094667.html>

Wir dürfen nicht aufhören zu gedenken. Von Justus Bender. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auschwitz-wir-duerfen-nicht-aufhoeren-zu-gedenken-16600857.html?premium>

„Die Art und Schärfe der Auseinandersetzung besorgen mich zutiefst“. Von Eckart Lohse und Markus Wehner. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundespraesident-steinmeier-mich-besorgt-das-zutiefst-15664531.html?premium>

Die AfD und der 9. November: Rechtes Regiebuch. Von Ewald Hetrodt. <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/die-hessen-afd-und-der-9-november-16979486.html>

„Die Bewegung wird immer aggressiver“. Von Alexander Jürgs. <https://zeitung.faz.net/faz/rhein-main/2020-11-13/die-bewegung-wird-immer-aggressiver/531583.html>

Frau Goldschmidts Sieg gegen Holocaust-Leugner auf Facebook. Von Theresa Weiß. https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/facebook-aendert-richtlinien-zu-holocaust-leugnern-das-sagt-eine-zeitzeugin-16999718.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Bildungsstätte Anne Frank: Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus. https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Themenhefte/Themenheft_Geschichtsrevisionismus_Web.pdf

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG): MEMO III, 2020 – Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor. https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf

Titelbild: IMAGO/Hannelore Förster

IMPRESSUM

© 2020

Herausgeber

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, FAZSCHULE.NET

Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 75 91-33 53 | E-Mail: schulportal@faz.de | www.fazschule.net

Verantwortlich für den Inhalt

Bildungsstätte Anne Frank

Verantwortlich: Dr. Meron Mendel

Redaktion: Marie-Sophie Adeoso

Redaktionelle Überarbeitung

FAZSCHULE.NET

Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main

www.fazschule.net

Gestaltung

Magna Kommunikationsdesign GmbH

Carl-Benz-Straße 21, 60386 Frankfurt am Main

www.magnakom.de

Die in diesem Unterrichtsmaterial enthaltenen Inhalte, Vorschläge, Ideen, Darstellungen und Visualisierungen sind geistiges Eigentum der Autoren. Eine Weitergabe an Dritte ist grundsätzlich nicht gestattet.

Jedwede Weiterverwendung (auch nur teil- oder auszugsweise) bedarf zuvor der schriftlichen Genehmigung. Dieses Unterrichtsmaterial ist für die Vervielfältigung und Nutzung im Unterricht freigegeben.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechter-spezifische Differenzierung (zum Beispiel Schüler, Lehrer) verzichtet. In diesen Fällen sind natürlich auch immer Frauen gemeint.